



Inhalt

	Seite
Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen und Moderatoren	4
Einführung von Hartmut Brandt	5
Vorstellung der Studie „Ernährungssicherung im Senegal: Risikofaktoren und Handlungspotentiale“ von Martin Doevenspeck / Jan-Peter Mund	7
1. Maßnahmen in Westafrika	10
Mariame Kane: Die aktuelle Situation der Fischer in Westafrika	10
Aliou Sall: Modelle für eine nachhaltige Fischereipolitik in Westafrika	12
Ingo Bokermann: Problemfelder der Küstenüberwachung	15
2. Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	17
Brian O’Riordan: Basisaspekte auf dem Weg zu fairen Fischereiabkommen	17
Birgit Gerhardus: Ernährungssicherungsstrategien der Entwicklungszusammenarbeit im Sektor Fischerei für die Region Westafrika	19
Uwe Lohmeyer: Möglichkeiten angepaßter Fischerei in der Entwicklungszusammenarbeit	23
Rainer Engels: Ergänzung zu den Lebensmittelstandards	25
3. Maßnahmen in Europa	26
Béatrice Gorez: Vorstellung der „Coalition for Fair Fisheries Agreements“ und Perspektiven für zukünftige Fischereiabkommen	26
Christian von Dorrien: Ein Lösungsansatz: Das „Marine Stewardship Council“	28
Kommentare und Fragen (Rainer Engels, Aliou Sall, Béatrice Gorez)	32
4. Fazit und Strategiediskussion	33
Maike Rademaker: Fazit	33
Strategiediskussion (Rainer Engels, Christian von Dorrien, Birgit Gerhardus, Béatrice Gorez, Brian O’Riordan, Aliou Sall)	34
Anhang	37-39
Die auf dem Kongreß vertretenen Nichtregierungsorganisationen	



Die Referentinnen und Referenten

Prof. Dr. Hartmut Brandt: Abteilungsleiter für Afrika/Landwirtschaft im DIE (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) und außerordentlicher Professor an der Humboldt-Universität, Berlin

Martin Doevenspeck / Jan-Peter Mund: GeoMedia (Geowissenschaftliche Consulting für Raumanalyse und Planung), Bonn

Mariam Kane: Geschäftsführerin des CNPS (Collectif National des Pêcheurs Artisans du Sénégal - Nationaler Verband der handwerklichen Fischer des Senegal) Dakar, Senegal

Aliou Sall: CREDETIP (Centre de Recherches et de Développement de Technologies Intermédiaires de Pêche - Forschungs- und Entwicklungszentrum für Fischereitechnologie), Dakar, Senegal

Ingo Bokermann: Greenpeace International, Deutschland (zuständig für EU-Fischereipolitik)

Brian O’Riordan: ICSF (International Collective in Support of Fishworkers), London

Birgit Gerhardus: Referentin für Agrarpolitik, Agrarhandelsfragen und Kohärenzfragen in der Fischereipolitik des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Bonn

Dr. Uwe Lohmeyer: Seniorfachplaner für Fischerei und aquatische Ressourcen der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), Eschborn

Béatrice Gorez: Koordinatorin bei der CFFA (Coalition for Fair Fisheries Agreements), Brüssel

Dr. Christian von Dorrien: WWF (Worldwide Fund for Nature), Deutschland

Die Moderatorinnen und Moderatoren

Norbert Glaser: Freier Journalist

Maike Rademaker: Redaktion „Die Tageszeitung“ (TAZ)

Reinold Thiel: Chefredakteur „Entwicklung und Zusammenarbeit“ (E+Z)

Sabine Haupt: Redaktion „Handelsblatt“



1. Einführung

von Hartmut Brandt

Auch wenn sich für Westafrika keine eindeutigen Trends zeigen lassen, kann man für die weltweite Entwicklung im Fischereisektor folgendes feststellen:

Die expansive Marktentwicklung bei Fisch läßt eine Intensivierung der Befischung erwarten. Beim qualitativ hochwertigen Fisch steigen die Preise mit einem schwach positiven Realpreistrend seit etwa zwanzig Jahren. Von 1991-1996 kam es zu einem Einbruch der Realpreise, weil die osteuropäischen Flotten stark subventionierten Fisch in den Industrieländern angeboten haben und Aquakulturlachs aus Norwegen und Schottland sehr stark in den Markt eingedrungen ist. Seit Anfang 1989 ist eine Erholung der Preise dieser Kategorie zu beobachten. Sie haben sich wieder auf das Niveau des langfristigen Trends eingependelt. Der Positivtrend bewegt sich also um 1 bis 1,5% pro Jahr. Beim Industriefisch sanken die Realpreise auf 30 bis 50% des Ausgangswertes von 1980. Jedoch bleibt eine Prognose aufgrund der schwer bestimmbareren Elastizitäten der Nachfrage und der mangelnden Datengrundlage sehr unsicher. Es ist jedoch eine Forcierung des Realpreistrends bei qualitativ hochwertigem Fisch zu erwarten. Bei Aquakulturprodukten werden die Realpreise etwa auf dem aktuellen Niveau verbleiben, das in etwa der Höhe der Grenzkosten entspricht. Die Produktionsreserven sind limitiert und die Nachfrage steigt weltweit. Bei einer nachfrageinduzierten Ausdehnung der Aquakulturproduktion ergibt sich auch eine abgeleitete steigende Nachfrage nach Industriefisch als Vorprodukt.

Bei regionaler Betrachtung läßt sich im Bereich der Fischereipolitik erkennen, daß an der Atlantikküste des subsaharischen Afrikas zwei verschiedene Situationen vorliegen. Im südlichen Afrika mit dem Zentrum Namibia herrschen staatliche Fischereipolitiken vor, bei denen z.B. in Namibia die ausländischen Fangflotten nur noch auf der Grundlage strikt durchgehaltener Joint-Ventures und Anlandungs- und Verarbeitungspflicht in Namibia Zutritt haben. Im nördlichen Afrika von Marokko bis Ghana mit den Schwerpunkten Senegal, Mauretanien und Marokko wird Fremdfischerei in großem Stil betrieben, wobei die EU nicht der einzige Akteur ist. Der Fang dieser Fernflotten macht etwa die Hälfte des Fischfanges in der Region aus. Laut den fischereibiologischen Analysen tritt dort die Überfischung am deutlichsten bei den demersalen¹ Arten, bei den meisten Thunfischarten und bei den Zephalopoden zu Tage.

Etwas besser ist die Lage bei den kleinen pelagischen² Arten, da die osteuropäischen Flotten im Zuge ihrer Umstrukturierung vor siebzehn Jahren aus diesem Bereich ausgestiegen sind. Dieses Potential sieht sich jetzt erneut der Bedrohung durch Fernfangflotten - seit den jüngsten Abkommen mit dem Senegal und Mauretanien auch durch die Flotte der EU - gegenüber. Dies hat gerade für die Armutgruppen, auf die die Entwicklungszusammenarbeit abzielt, große soziale und wirtschaftliche Folgen:

Fisch ist der wesentliche Träger essentieller Aminosäuren in der Diät der lokalen Bevölkerung im ganzen westafrikanischen Küstengebiet bis nach Nigeria. In Westafrika entfallen 60 bis 65% des tierischen Eiweißverzehr heute noch auf Fisch. Die ernährungsphysiologische Bedeutung des Fisches ist hier um so größer, da die Grunddiät der Armutgruppen aus Kasawa, Yam und Maisbrei besteht, die wenig Eiweiß mit wenig essentielle Aminosäuren enthalten. Mit zunehmender Bodenknappeit weist die Entwicklung ganz klar in Richtung eines verstärkten Kasawa-, Yam- und Mais-Anteils in den Diäten. Das heißt: Die ernährungsphysiologisch wichtige

¹ am Meeresboden (benthos) lebend

² im offenen, tiefen Meer lebend



Rolle des Fisches nimmt gemessen an den Bedürfnissen - nicht an der Kaufkraft - mit Sicherheit weiter zu. Der sogenannte Industriefisch, der „Fisch der Armen“, wird entweder direkt am Strand oder auf dem nächsten Dorfmarkt hinter der Küste, mit umgerechnet 0,10; 0,30 oder 0,40 US-\$ pro Kilogramm gehandelt. Der qualitativ hochwertige Fisch kostet je nach Spezies zwischen 1,50 und 3 US-\$ ab Erzeuger. Wenn der Industriefisch plötzlich knapp würde, könnten die Familien der unteren Einkommensschicht nicht in die teureren Qualitätsgruppen ausweichen, was gravierende Auswirkungen auf ihre Eiweißversorgung hätte.

Außerdem hat die handwerkliche Fischerei große Bedeutung als Beschäftigungsmöglichkeit, mit der Realeinkommen und kaufkräftige Nachfrage geschaffen wird. Wenn durch unvorsichtige Befischung die Bestände überfischt werden, wirkt sich dies nachweislich auf die Einkommen der armen Bevölkerungsgruppen aus, die auf diese Arbeit angewiesen ist.

Für viele Länder stellt Fisch überdies eine Devisenquelle dar. Jedoch wird ein Großteil des Fisches per Luftfracht oder mit den Vertragsflotten unverarbeitet nach Europa gebracht, so daß die Wertschöpfung, die in Afrika bleibt, sehr gering ist. Sie bewegt sich in der Größenordnung der Kompensationszahlungen aus den Fischereiverträgen.

Eine entwicklungsverträgliche Ausgestaltung dieses Bereichs, konkret der Fischereipolitiken der Küstenländer, setzt an folgenden Punkten an:

- Abbau der Überkapazitäten in den Fangflotten,
- Abbau der Subventionen des Fischereisektors weltweit,
- Entwicklung einer nachhaltigen Fischereipolitik der Südländer auf der Basis von Bestandsanalysen,
- ausreichende Kontrolle und Überwachung,
- sozial ausgewogene Preis-, Markt- und Handelspolitik sowie
- selektive Ausgestaltung der Vertragsfischerei und der Exportförderung.

Der Fischexport ist nicht generell negativ zu bewerten, da er den Entwicklungsländern die Möglichkeit bietet, bei steigenden „Terms of Trade“ zu exportieren. Bei der Ausgestaltung sollte auf eine nachhaltige Fischerei gesetzt werden. Es besteht eine Komplementarität zwischen dem Interesse der EU an einer sozial orientierten Entwicklungszusammenarbeit und einer nachhaltigen Ausgestaltung der Fischereiverträge.³

³ siehe dazu: Brandt, Hartmut: Fischereivertragspolitik der EU und Entwicklungszusammenarbeit: Zum Stand der Kohärenzdebatte, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1999



Vorstellung der Studie „Ernährungssicherung im Senegal: Risikofaktoren und Handlungspotentiale“

von Martin Doevenspeck / Jan-Peter Mund

Die Studie¹ beschäftigt sich nicht ausdrücklich mit der Fischerei, sondern mit der Ernährungssituation im Senegal allgemein. Der Grund dafür: Der Beitrag von Fisch zur Ernährungssicherung im Senegal ist mit 2% der Kalorienversorgung im Vergleich zu Getreide, Speiseöle und Zucker gering. Fisch liefert 10%, Getreide 60% der Eiweißversorgung. Obwohl die Fischerei einen wichtigen Ernährungsbeitrag leistet, darf auch die Bedeutung der Landwirtschaft nicht in den Hintergrund treten, wenn es um Ernährungssicherung geht.

Regional differenziert betrachtet gibt es drei Risikofaktoren: die Dürre, den Markt und die Armut. Vereinfacht kann man sagen, daß Ernährungssicherheit zum einen durch Anbau, Fischfang und Viehhaltung und zum anderen durch Zukauf von Nahrungsmitteln gewährleistet ist. Diese Komponenten werden bedroht durch das Dürrierisiko und die gegenwärtige Übernutzung der Ressourcen. Marktrisiko in Form von Preissteigerungen für wichtige Nahrungsmittel und das Verarmungsrisiko als Folge von gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen und Strukturen sind ein weiterer Faktor.

Im Ferlo wird eine große Region eigentlich überhaupt nicht zum Anbau von landwirtschaftlichen Produkten genutzt, sondern ist als transhumante Viehregion einzustufen. In dieser Region wird extensive Viehwirtschaft zum größeren Teil für die Marktproduktion in den großen Städten entlang der Küste betrieben. Zum anderen gibt es Regionen, in denen traditionell Regenfeldbau betrieben wird. Dieser Regenfeldbau stellt in sofern ein Problem dar, als das dieses Gebiet an der Nordgrenze des Regenfeldbaus in Westafrika liegt. Die Grenze bewegt sich je nach Vegetationsperiode zwischen 600 und 400 mm Niederschlag. Das Dürrierisiko selbst ist zunächst einmal ein klimatisches Risiko, das sich aus der geringen Niederschlagsmengen ergibt. Im Süden liegt die Niederschlagsmenge bei ca. 800 bis 900 mm, so daß eine relativ gute Agrarproduktion im Regenfeldbau möglich ist. Nördlich der Grenze des Regenfeldbaus, die sich hier bei 400 mm befindet, ist die Produktion sehr gefährdet.

Darüber hinaus weist der gesamte Nord-Sahelbereich zusätzlich eine sehr große Niederschlagsvariabilität auf, was sich im Wandern der 400-mm-Linie zeigt, die in dem Zeitraum 1980 bis 1989 deutlich weiter südlicher lag. Damit schwankt auch das Ertragsrisiko der bäuerlichen Bevölkerung. Hinzu kommt im Senegal eine relativ hohe Gefahr der Bodendegradation. Es handelt sich zum einen um Versalzungsgefahren, die nicht allein durch Bewässerungskulturen, sondern auch durch eindringendes Salzwasser vom Meer aus verursacht werden. Betroffen sind die Mangrovenbereiche der Casamance und des Sine-Saloum-Deltas und der gesamte Bereich des Mündungsgebietes des Senegal. Darüber hinaus besteht durch Bewässerungskulturen eine Versalzungsgefahr im nördlichsten Senegaltal, wo die Reibewässerung einen entscheidenden Faktor der Nahrungsmittelsicherung darstellt, die erst in relativ junger Zeit entstanden sind. Darüber hinaus besteht im relativ trockenen Zentralbereich des Ferlo ein großes Risiko durch Winderosion. Dieses Problem ist aber nicht als entscheidend beeinträchtigend anzusehen, da in diesem Gebiet hauptsächlich extensive Viehwirtschaft betrieben wird. Im Süden kann dagegen Wassererosion die landwirtschaftlichen Nutzflächen sehr stark zerstören, wovon unter anderem auch einige der Entwicklungshilfemaßnahmen, die auf Maisproduktion gesetzt haben, betroffen sind, da Mais bekanntlich extrem wassererosionsgefährdet ist.

¹ Die Studie (66 S. DIN A) ist 1999 erschienen und bei GERMANWATCH erhältlich.



Da im Norden eine transhumante Viehwirtschaft dominiert, kann der existentiellen Begrohung durch Dürre insofern ausgewichen werden, daß die Viehhalter (solange es in Absprache mit den im Süden ansässigen Bauern möglich ist) auch in die südlicher gelegenen Tallagen ausweichen können. Dort gestalten sich die Klimaverhältnisse günstiger und eine Beweidung ist auch in trockenen Jahren möglich.

Ein relativ geringes Risiko durch Dürre läßt sich demnach nur für den südlichen und südöstlichen Bereich der Casamance, der zugleich jedoch sehr abgelegen ist, feststellen.

Die Grundnahrungsmittel sind hauptsächlich Reis, Mais und Hirse. Nur in der städtischen Region Kap Verde-Dakar gibt es einen starken Zukauf von Reis, zum Teil auch Importreis.

Die allgemeinen Preisschwankungen haben keine Auswirkungen auf die Nahrungsmittelsicherheit, da die Preise staatlich festgelegt sind. Preisschwankungen ergaben sich z.B. aus der Abwertung des CFA-Francs² 1994 und der Liberalisierung des Reismarktes 1995. Da in städtischen Regionen der Reiskonsum zu 75% durch thailändischen Bruchreis gedeckt wird, weisen diese Regionen aufgrund ihrer Konsummuster und der Abhängigkeit von Importreis ein erhöhtes Marktrisiko auf. Am stärksten betroffen sind die Haushalte in großer Entfernung von der Hauptstadt, die ländlichen Haushalte des nördlichen Erdnußbeckens und die städtischen Haushalte der Dakar-Region und St. Louis. Ähnlich kritisch ist die Lage in der Casamance, wo sich die ländliche Bevölkerung bereits Anfang der neunziger Jahre nicht mehr länger selbst mit lokalem Reis versorgen konnte und aufgrund der traditionellen Eßgewohnheiten Importreis hinzukaufen mußte.

Nach einer Untersuchung der Weltbank von 1996 sind 35% der senegalesischen Bevölkerung nicht in der Lage, genügend Einkommen zu erwirtschaften, um eine tägliche Mindestaufnahme von 2.400 Kalorien sicherzustellen. 80% dieser sogenannten „food poors“ leben im ländlichen Raum, vor allem in der Casamance, im mittleren Erdnußbecken sowie im äußersten Südosten des Landes. Weitere Indikatoren in der Studie des World Food Programme sind Angaben über die Diversifizierung der Einkommensquellen im ländlichen Raum und anthropometrische Meßdaten von Vorschulkindern, die bereits die negativen Effekte eines eingeschränkten Zugangs zu Nahrung, Gesundheitsdiensten und Bildung beinhalten. In die Bewertung der internen und externen Einflüsse auf die makroökonomische Situation im Senegal und ihre Effekte für die Ernährungssicherheit wurde außerdem die nationale Wirtschaftsförderung, die Schattenwirtschaft der Moriden³ sowie die Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme einbezogen. Die Anfälligkeit gegenüber den Risiken läßt sich regional differenzieren:

Ein Großteil der durch das Dürreisiko bedrohten Departements wie Louga, Dagana, Podor, Matam und Mbacke kann nicht als verwundbar bezeichnet werden. Wegen der komplementären ökonomischen Aktivitäten der Bevölkerung ist ein erhöhtes Dürreisiko nicht mit einer geringen Nahrungssicherheit gleichzusetzen. Die wichtigste außerlandwirtschaftliche Anpassungsstrategie an die erhöhte Dürregefahr ist die temporäre, nationale und internationale Arbeitsmigration einzelner Familienmitglieder. Mit Hilfe der Überweisungen dieser Migranten an ihre Familien, die auch zur Gründung von Unternehmen des Kleinhandels und Handwerks verwendet werden, kann der naturräumlichen und klimatischen Benachteiligung relativ erfolgreich begegnet werden.

² 100 Franc der Communauté Financière Africaine (FCFA) entsprechen 0,2972 DM (Stand April 1999).

³ Islamische Sufibruderschaft, deren Handelsnetzwerke die wichtigsten Märkte in Dakar beherrschen.

Ebenso ist Armut nicht gleichbedeutend mit Nahrungsunsicherheit. Departements wie Fatick, Niore und Gossas sind zwar nach Weltbankindikatoren als arm zu



bezeichnen, weisen aber durch ihre relativ ausgeglichene landwirtschaftliche Produktionsstruktur mit der Erdnuß als cash crop und Hirse als Grundnahrungsmittel eine relative Nahrungssicherheit auf.

Verwundbarkeit und Nahrungsunsicherheit kann eine Folge schlechter Lebensbedingungen der Bevölkerung und geographischer Isolation sein. Die Kombination von hohen Armutsraten, eingeschränktem Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen und schlechter Erreichbarkeit führt in den Departements Kaffrine, Tambakounda, Kédougou und Kolda zu hoher ökonomischer Instabilität und geringer Nahrungssicherheit. Diese vier Departements im Senegal sind ein gutes Beispiel für die negativen Effekte einer staatlichen Benachteiligung bei der Entwicklung der Infrastruktur.

Ursache für Verwundbarkeit und Nahrungsunsicherheit kann zuletzt das Zusammenreffen unterschiedlicher Risiken und schlechter Lebensbedingungen sein. Einige Departements in der Casamance weisen ebenfalls durch ihre Randlage im Senegal und die instabile politische Lage in der Region ein hohes Marktrisiko und hohe Armutsraten auf, was zu einer verminderten Nahrungssicherheit führt.⁴ Das Departement Kébémér am nördlichen Rand des Erdnußbeckens folgt somit als einziges dem Muster: „hohes Risiko gleich hohe Nahrungsunsicherheit“. Ausgeprägte Dürre und Marktrisiken sowie eine hohe Armutsrate führen hier zu einer Situation, in der Maßnahmen zur Ernährungssicherung dringend geboten sind.

Ein Trend, der bei der Bewertung des Beitrags der Fischerei zur Ernährungssicherung berücksichtigt werden muß, ist die zu beobachtende Migrationsbewegung in Richtung der Küstenregionen. Dies verleiht der Fischerei zunehmende Bedeutung. Fischfang belebt den Binnenmarkt durch Bartergeschäfte⁵ und ist daher von übergeordneter Bedeutung für die gesamte Region.

Seit einiger Zeit herrscht aufgrund der Separationsbestrebungen der Casamance eine Art Bürgerkrieg,⁵ der zu einem Problem für die Ernährungssicherung werden kann. Obwohl eigentlich Überschüsse produziert werden könnten, führt das erhöhte Versatzungsrisiko durch eindringendes Meerwasser dazu, daß eine Ausweitung der Anbauflächen von bewässertem Reis kaum noch möglich ist. Außerdem ist die Infrastruktur im Osten in den ländlichen Regionen außer in der Bas-Casamance vergleichsweise schlecht.

Eine Gefahr geht von der Wanderungsbewegung aus dem östlichen Teil des Senegal und dem Vallée du Senegal in die Küstenregion aus, die als eine sehr stark gefährdete Region ausgewiesen ist, weil für eine Subsistenzproduktion auf landwirtschaftlicher Basis nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht. Gerade in dieser Region ist der Fischfang sehr entscheidend. Die Menschen, die aus dem Flußtal kommen, sind z.T. Flußfischer gewesen. An der Küste haben sie jedoch keinerlei Möglichkeit, im Fischereisektor Fuß zu fassen, da die Zahl der Fischer bereit sehr groß ist. Hinzu kommt, daß sich ihnen auch im landwirtschaftlichen Sektor der Grundnahrungsmittelproduktion aufgrund des Flächenmangels wenig Perspektiven bieten. Aufgrund dessen ist diese Region als eine der am meisten gefährdeten zu betrachten. Aus Mangel an detaillierten Daten war es leider nicht möglich, auf die Verschiedenheit der sozialen und wirtschaftlichen Aktionsgruppen und ihre unterschiedliche Verwundbarkeit und Gefährdung ausreichend einzugehen.

⁴ Aliou Sall (CREDE-TIP) vertritt hingegen die Meinung, daß die Nahrungsmittelsicherheit in der Casamance nicht durch die Entfernung zur Hauptstadt gefährdet ist, sondern vielmehr Autonomie in der Nahrungsmittelversorgung genießt.

⁴Tauschhandel

⁵ In der Casamance bestehen eigentlich gute Bedingungen für die landwirtschaftliche Nutzung. Das Gebiet wurde durch die koloniale Grenzziehung zu Gambia vom Senegal getrennt. Entlang dieser Grenze hat sich seit 1990 ein Bürgerkrieg um die Unabhängigkeit der Region entwickelt. Im Laufe des Konflikts wurde die Region systematisch von öffentlichen Ressourcen ausgeschlossen, was vor allem zu einer Unterentwicklung der Infrastruktur führte.



1. Maßnahmen in Westafrika

Moderation: Norbert Glaser

Die aktuelle Situation der Fischer in Westafrika

von Mariame Kane

Die Fischer Westafrikas sind besorgt über die Krise im Fischereisektor und ihren Einfluß auf die Ernährungssicherung. In der Region, die von Mauretanien bis Angola reicht, sind laut dem Bericht von DIPA¹ 576.000 Fischer im Haupterwerb tätig. Mit den Saisonarbeitern, die durch die anhaltende Dürre zum Vollerwerb tendieren, sind es fast 1 Mio. Darüber hinaus droht die Politik einiger Staaten in den kommenden Jahren die Zahl der in der Fischereiwirtschaft Tätigen drastisch zu erhöhen: Es werden staatseigene Unternehmen, die oft Joint-Ventures eingehen, gegründet, um ihre eigenen Fischbestände auszubeuten. Dies ist in Mauretanien, in Guinea Bissau und in Guinea der Fall, die über hohe Fischbestände aber keine Hochseefischerei-Tradition verfügen.

Die gegenwärtige Situation der Fischer in Westafrika, wie sie sich nach einem Erfahrungsaustausch zwischen den Kleinfischereikollektiven der Region und Forschungseinrichtungen darstellt, läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Situationsdiagnose

Die rareren werdenden Ressourcen drängen die Fischer und die im Verarbeitungssektor tätigen Frauen immer weiter von ihren gewohnten Fangplätzen und angestammten Versorgungswegen ab. Die Immigration bringt neue Veränderungen mit sich, die zu Interessenkonflikten zwischen den Fischern und den Staaten führen, die über eine nachhaltige Fischerei nachzudenken beginnen.

Die steigende Nachfrage nach frischem Fisch für den Export und für den inländischen Markt tragen zu einer Erhöhung des Fischpreises bei. Während aber die Fangmenge insgesamt gestiegen ist, um die steigende Nachfrage befriedigen zu können, ist die Fangmenge pro Boot gesunken. Die wachsende Zahl der Boote sorgt dafür, daß sich nur die globale Produktion steigert und die Exporte keine positive Auswirkung auf die Gewinnsituation der Fischer haben.

Die sinkende Kaufkraft der städtischen Bevölkerung veranlaßt diese zum Verzehr von frischem Fisch, obwohl traditionell gerade im Inland mehr gesalzener oder geräucherter Fisch gegessen wird, der aber durch die Verarbeitungskosten teurer ist. So bildet sich eine wachsende Konkurrenz zwischen Seefischhändlern, die den Frischfisch verkaufen, und den in der Verarbeitung Beschäftigten. Diese Situation in Verbindung mit der Abwertung des CFA-Francs hat den Fischereien keineswegs Vorteile beschert, da die Entwertung auch eine Verteuerung der Produktionsmittel mit sich gebracht hat. Im Senegal hat sich der Motorenpreis verdoppelt, der Preis für einen Einbaum verdreifacht und der Preis für ein Netz verzweieinhalbfacht. Die Verteuerung der Produktionsfaktoren, ihre verringerte Lebensdauer und der schwierige Zugang zu Krediten führen zur Überalterung Ausrüstungen.

¹ Franz. DIPA oder engl. IDAF = Programm für integrierte Entwicklung der artisanalen Fischerei in Westafrika ist ein Programm unter dem Dach der FAO, das eine nachhaltige Fischerei durch die Unterstützung der handwerklichen Fischer fördern soll.

Eine weitere Konkurrenzsituation entwickelt sich zwischen den artisanalen Fischern



und dem Tourismus. An den Stränden, die vorher Anlandeplatz für die Fischer waren, vergnügen sich jetzt die Hotelgäste, die Devisen ins Land bringen.

Auch die Fischereiabkommen stellen die Kleinfischerei vor ernstliche Probleme. Neue Akteure wie die Taiwanesen treten in Westafrika auf. Man gewinnt den Eindruck, daß die Übergabe Taiwans an China von einer Verlagerung ihrer Flotten nach Westafrika begleitet wurde. Es werden Verträge mit Ländern unterzeichnet, die eine Überkapazität bei denjenigen Fischarten haben, die als einzige noch nicht überfischt sind. Die fehlende Zusammenarbeit und der Mangel an Transparenz zwischen den verschiedenen Akteuren, die in die Entwicklung des Fischereisektors einbezogen sind, führen oft zu Widersprüchen zwischen Entwicklungspolitik und Entwicklungspraxis.

2. Gegenwärtige Tendenzen

Das ehrgeizige Ziel, eine verantwortungsvolle Fischereiwirtschaft zu entwickeln, die Natur und Mensch miteinbezieht und den Erhalt des Sektors sichert, kann durch die Gründung von Fischerorganisationen, wie es in Westafrika geschieht, und die Stärkung der bereits in Afrika existierenden Organisationen erreicht werden. Die Entwicklung einer gemeinsamen Fischbestandspolitik in Westafrika kann nur mit der Schaffung eines regionalen Netzes mit tarifären Zugeständnissen oder sogar Tauschhandel realisiert werden. Es muß den afrikanischen Ländern, die eine Überproduktion erwirtschaften, auch die Möglichkeit zum Aufbau eines Marktes eingeräumt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen unsere politischen Systeme Unabhängigkeit erlangen und Zentren der Verständigung und Zusammenarbeit mit den wirklichen Akteuren der Fischerei, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen, eingerichtet werden. Der Wille, eine Partnerschaft zu entwickeln, ist auf regionaler Ebene und bei den europäischen Partnern (Stiftung Entwicklung und Frieden, CCFD², Brot für die Welt, etc.) zu erkennen.

² CCFD = Comité Catholique contre la Faim et pour le Développement

Modelle für eine nachhaltige Fischereipolitik in Westafrika

von Aliou Sall

Der Fisch ist in Westafrika neben seiner bedeutenden Rolle als Nahrungsmittelspender auch ein wichtiger Faktor in der Entwicklung. Dies zeigt sich unter anderem auch in seiner festen Verankerung im sozialen und ökonomischen System: Trotz der intensiven Bemühungen der Staaten Westafrikas und insbesondere des Senegals um den Aufbau eines industriellen Fischereisektors stammen nach wie vor 70% des gesamten Fangs aus der artisanalen Fischerei. Dabei variiert die Fangmenge von Land zu Land.

Fisch ist in manchen Regionen die einzige Quelle für Tierprotein. Mit 20 kg/a pro Kopf unterscheidet sich der Verbrauch in Westafrika kaum vom europäischen Durchschnitt. Bei diesem Bedarf an Fisch stellt sich die Frage, ob trotzdem exportiert werden sollte.

Die Abwertung des CFA-Francis hat den Export begünstigt und war gerade für die kleinen Fischer ein wichtiger Anreiz, da sich gleichzeitig auch die Importe, die für die Fischerei notwendig sind wie Holz für die Pirogen,¹ verteuert haben. Die Importabhängigkeit der Fischer läßt den Verkauf des Fisches ins Ausland so zu einer finanziellen Notwendigkeit werden. Außerdem bilden das Exportgeschäft und die Fischereiabkommen eine wichtige Devisenquelle für den Staat.

Wenn der Export aber gefördert werden soll, muß die Weltmarktsituation berücksichtigt werden. Eine Stärkung der verarbeitenden Industrien könnte die Nachhaltigkeit der Fischereiwirtschaft vor Ort stärken. Für den westafrikanischen Binnenmarkt kommen nur die pelagischen² Fische in Frage. Dies ist die einzige Ressource, die noch nicht überfischt ist. Leider wird auch dieser Fisch bereits seltener, wie es sich in der Preisentwicklung und im Kaufverhalten zeigt: Eine Fischart die traditionell als Viehfutter diente, wird jetzt als Fisch zum menschlichen Verzehr verkauft. Diese Verknappung liegt nicht zuletzt an den Vertragsflotten, die mittlerweile auch den minderwertigen Fisch fangen. Es hat sich bei den ausländischen Akteuren die Praxis entwickelt, diesen Fisch undeklariert außerhalb Afrikas weiterzuverarbeiten, um ihn dann wieder auf dem afrikanischen Markt als europäischen zu verkaufen. Für den Fang der demersalen³ Fischarten fehlt in Afrika die Technik. Die Überlegungen sollten daher dahin gehen, wie man unter diesen Bedingungen einen internen und regionalen Markt unabhängig von ausländischer Technik und Krediten aufbauen kann.

Offizielle Organisationen wie die CEDEAO⁴ sind dabei keine Hilfe, da sie bürokratische Einrichtungen sind, die die Integration eher behindern als fördern.

Die Frage der Förderung einer nachhaltigen Fischereipolitik darf nicht allein auf die Erhaltung der Bestände oder technische Details reduziert werden. Es müssen auch Punkte wie Ernährung, Handel und Integration bedacht werden, um zu einem Gleichgewicht zu finden. Der Niedergang der afrikanischen Wirtschaft in Verbindung mit der Dürre führt zu einer verstärkten Migration in Richtung Küste. Dies verstärkt den Druck auf die Ressourcen und den Exportdruck. Außerdem werden durch die international Kooperation neue Techniken eingeführt, die die Überfischung fördern. Ein gutes Beispiel dafür ist die Zephalopoden-Fischerei der Japaner vor der Küste des Senegal. Die artisanale Fischerei muß für eine nachhaltige Fischerei erhalten bleiben: Fischer wandern über Grenzen hinweg und tauschen dabei ihr ethno-technischen Kenntnisse aus. Dazu gehören Navigationsmethoden und das Aufspüren der Fischeschwärme ohne technisches Gerät. Die Fischerboote kann man als wan-

¹ Holzeinbaum

² im offenen, tiefen Meer lebend

³ am Meeresboden (benthos) lebend

⁴ CEDEAO = Communauté Economique des Etats d'Afrique de l'Ouest

dernde Schulen betrachten. Aufgrund der Migration aus dem Senegal nach Mauretanien konnte sich dort eine artisanale Fischerei etablieren und ein Fangüberschuß für den Export erwirtschaftet werden. Beim Fischhandel hat sich ein westafrikanischer Binnenmarkt entwickelt, in dem vor allem Frauen tätig sind. Man sieht, daß die Auswirkungen der Globalisierung nicht zwangsläufig zu einem Handel mit dem Norden führen müssen.

Die Fischereiabkommen stehen den Interessen der artisanalen Fischerei und damit der nachhaltigen Entwicklung entgegen. Um diese negativen Wirkungen zu verhindern darf nicht länger mit jedem afrikanischen Land getrennt verhandelt werden, sondern es muß ein regionales Netzwerk der Initiativen aufgebaut werden. Ansätze dazu gibt es mit Unterstützung des ICSF.⁵ Um ein Konzept für die Zukunft entwickeln zu können, muß in einem ersten Schritt eine Evaluierung der bisherigen Maßnahmen erfolgen. Obwohl kurzfristig vor allem politische Schritte erforderlich wären, geben die meisten NROs im Norden und Süden leider den wirtschaftlichen Aspekten Priorität. Daher laufen viele Projekte ins Leere.

Eine regionale Herangehensweise ist gefragt, da der Fisch keine nationale, sondern eine regionale Ressource ist. Außerdem sollten Abkommen, z.B. mit der EU, nur noch über Überschüsse in den Fischbeständen geschlossen werden. Der Senegal sollte aus drei Gründen keine weiteren Abkommen mehr schließen:

1. Die Bestände sind bedroht.
2. Die artisanale Fischerei, die 75% des Fischfangs ausmacht, ist wesentlich dynamischer als die industrielle Flottenfischerei.
3. Vor neuen Verträgen bedarf es einer objektiven, kompromißlosen und finanziell unabhängigen Evaluierung der Situation.

Bei den senegalesischen NROs besteht kein Vertrauen in eine Forschung, die mit Hilfe der Kompensationszahlungen der EU im Rahmen der Abkommen finanziert wird. Belehrungen durch den Norden in Fragen der Regulierung und Administration sind unglaublich angesichts der Tatsache, daß die Staaten, die im Süden für die Einführung einer nachhaltigen Politik werben, ihre eigenen Bestände längst zerstört haben. Gleichzeitig tragen sie jetzt durch die Fischereiabkommen dazu bei, daß sich dies in Westafrika fortsetzt. Für die Küstenüberwachung sollte ein Kodex internationaler Normen, z.B. auf der Grundlage der FAO-Vorschläge geschaffen werden. Außerdem sollten Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Es läßt sich nicht generell sagen, daß in ökologischer Hinsicht die großen Fischer immer schlecht und die kleinen immer gut sind. Die Modelle des Nordens müssen jedoch vor einer Übernahme geprüft und an die Gegebenheiten angepaßt werden. Auch die kleinen Fischer können einen wichtigen Teil zum Gelingen beitragen.

Um die Ernährung der Region langfristig sichern zu können, müssen also die klassischen Projekte wie die Bestandssicherung und technische Hilfe durch politisches Handeln, Veränderungen auf administrativer Ebene und die Förderung der Organisation der Fischer in der Region ergänzt werden. So kann die artisanale Fischerei auch helfen, den sozialen Frieden zu sichern, wie von GERMANWATCH angemerkt wurde.

In Abhängigkeit der Entfernung vom Ursprungsort ist bei wandernden Fischern, vor allem aus dem Senegal, die zunehmende Tendenz festzustellen, sich an ihrem Zielort dauerhaft niederzulassen, was neben den Bürgerkriegskrisen in der Region zu zusätzlichen Konflikten führen kann. Je geringer die Fischbestände, desto weiter und langfristiger ist die Migrationsbewegung.

⁵ ICSF = International Collective in Support of Fish Workers



Konflikte entstehen zum einen dadurch, daß Staaten, die früher keine Fischerei betrieben haben, diese aufnehmen, wie in Guinea-Bissau und Mauretanien. Weiter ist es schwierig die Bürgerkriegsflüchtlinge unter den Fischern zu integrieren wie die Fischer aus Sierra Leone, die heute alle in Guinea-Konakry ansässig sind. Außerdem haben die ökologischen Veränderungen bereits zu Schuldzuweisungen und Hetzkampagnen unter den Fischern geführt. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, eine nachhaltige Fischerei aufzubauen, um die Beschäftigungsgrundlage dieser Fischer und den Frieden zu bewahren.

Keinesfalls sollten an die Stelle der Abkommen mit den nördlichen Staaten Joint-Venture Verträge treten. Eine weitere Aufsplitterung der Vertragspartner würde die Lage unkontrollierbar machen. Außerdem wird eine Verteidigung der Interessen der kleinen Fischer erschwert, da diese Firmen im Gegensatz zu staatlichen Instanzen relativ unempfindlich gegenüber öffentlichem Druck sind. Eine Beteiligung der regionalen und lokalen NROs an den Verhandlungen wäre damit unmöglich.

Die Argumente für die Flottenverlagerungen im Rahmen der Abkommen nach Süden waren, daß der Süden aufgrund seines technologischen Rückstands nicht dazu in der Lage sei, seine Ressourcen optimal zu nutzen, und daß es in Europa einen großen Bedarf für Fisch gäbe. Dies entspricht jedoch nicht der Realität, wenn man bedenkt, daß 75% der Fangmengen in Afrika aus der artisanalen Fischerei stammen. Wichtiger ist in Wirklichkeit die soziale Krise in Europa.



Problemfelder der Küstenüberwachung

von Ingo Bokermann

Laut den Angaben der FAO sind fast 70% der Fischbestände stark gefährdet. Daher hat sie einen Entwurf für einen „Code of Conduct for Responsible Fisheries“ erarbeitet, der sehr weitreichend, jedoch leider nicht bindend ist.¹ In den letzten Jahrzehnten war eine weltweite Zunahme der Konflikte um die Ressource Fisch zu erkennen: Es kommt zu regelrechten Fischereikriegen. Nicht zuletzt deswegen kam es nach den Verhandlungen um die Internationale Seerechtskonvention (UNCLOS) und dem Earth Summit von Rio zu einer Konvention, der „UN-Conference on Straddling Fishstocks and Highly Migratory Fishstocks“, kurz UN-Fish Convention, die 1995 zum Abschluß vorgelegt wurde. Diese Konvention behandelt Fische, die sich nicht an nationalstaatliche Grenzen halten, was bei den meisten Fischarten der Fall ist. An den Verhandlungen haben sich über 100 Länder beteiligt.

Obwohl das Abkommen von Greenpeace und anderen NROs als längst nicht ausreichend eingestuft wurde, bietet es doch erstmalig ein Instrument für die Implementierung eines vernünftigen Managementkonzepts. Erstmals ist auch der Ansatz des Vorsorgeprinzips darin enthalten. Von den 30 Ratifikationen, die zum Inkrafttreten der Konvention notwendig sind, wurden bislang 19 realisiert. Die EU wird gemeinsam ratifizieren, womit diese Mindestzahl sogar überschritten wird. Daher sollte diese Frage von der Bundesrepublik in ihrer Rolle als Ratspräsident beschleunigt behandelt werden. Die Umsetzung der Punkte dieser UN-Fish Convention soll in regionalen Abkommen erfolgen. Da, wo diese noch nicht existieren, sollen sie geschaffen werden. Für die Region um Westafrika gibt es das CEEFAC². Nach Inkrafttreten der Konvention soll ein gemeinsamer Managementplan erstellt werden. Er bietet bessere Kontrollmöglichkeiten, offen bleibt jedoch, wer das Recht hat, die gemeinsam bewirtschaftete Ressource Fisch auszubeuten. Trotzdem wird der Aspekt der weltweiten Überkapazität der industriellen Fischereiflotten weiterhin in den internationalen Verhandlungen eine viel zu geringe Rolle spielen. Hier gilt nach wie vor: „Die Großen sind die Bösen.“ Gerade mal ein Prozent der weltweiten Fischereifahrzeuge ist für etwa die Hälfte des Weltfischfangs verantwortlich. Greenpeace hat in einem Bericht nachgewiesen, daß trotz existierender Flottenreduktionsprogramme die Fangkapazitäten in der Welt weiter zunehmen. Wenn aber die industrielle Fischereiflotte bis zum Jahr 2005 nicht auf die Hälfte reduziert wird, können keine brauchbaren Ergebnisse erwartet werden. Betroffen vom Abbau der Kapazität sind ca. 35.000 der großen Schiffe weltweit. Abbau heißt ganz klar Verschrottung oder Umbau, nicht Einsatz des selben Schiffes unter einer anderen Flagge, wie es häufig geschieht.

Hier zeigt sich, daß die europäische Nachfrage gar nicht das entscheidende ist. Wichtiger bei den Abkommen sind die Arbeitsplätze in der Fischereindustrie, insbesondere in Spanien, Portugal, Frankreich und England. Leider wird übersehen, daß der Erhalt der Bestände Voraussetzung für die Sicherung dieser Arbeitsplätze ist.

Die internationalen Abkommen wie z.B. die Fischereiabkommen mit der EU können, wenn sie vernünftig ausgestaltet werden, durchaus auch den Ländern Westafrikas nutzen. Bei Direktverträgen mit Firmen ist das Risiko eines Mißbrauchs viel größer. Außerdem sind diese bestimmt nicht der richtige Partner, wenn es um eine zukünftige Beratung in Ressourcenmanagement geht.

¹ Dieser Kodex wird auch von vielen SüdnROs im Fischereibereich begrüßt, gefordert wird aber eine Statusveränderung.

² CEEFAC (Committee for Eastern Central Atlantic Fishery).



Man muß versuchen, die verschiedenen Interessen in Einklang zu bringen. Die handwerkliche Fischerei ist in der UN-Fish Convention berücksichtigt und so durch das internationale Regelwerk geschützt. Die letztendliche Wirkung der Konvention ist jedoch noch nicht klar. Nach Meinung von Greenpeace gehen diese ganzen Absprachen nicht weit genug. Wenn man bedenkt, daß nach FAO-Angaben 70% der Weltfischressourcen bedroht sind, nach Greenpeace sogar 90%, sind ganz drastische Mittel gefordert, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Mit der Konvention wird zwar die rechtliche Möglichkeit geschaffen, in internationalen Gewässern zu kontrollieren, dies sagt jedoch nichts über die technischen Möglichkeiten aus. Zumindest bietet sie aber die Möglichkeit, die Wirtschaftszone auf 200 Seemeilen zu erweitern, so daß größere Meeresgebiete unter eine nationalstaatliche Kontrolle gesetzt werden können.

Warum sollten sich Länder an die Konvention halten, wenn sie nicht bindend ist? Diese Frage ist ein Dauerproblem im internationalen Recht. Ein Argument ist immer der Verlust der internationalen Glaubwürdigkeit. Zudem ist die UN-Fish Convention ein Zusatz zur Seerechtskonvention (UNCLOS), einem Regelwerk mit großer Beteiligung und Bedeutung.

⁴⁸ Der für Afrika typische Dualismus von modernem und traditionellem Bodenrecht, welches kein individuelles Bodeneigentum kennt, ist im Senegal dadurch abgewandelt, daß nach der Unabhängigkeit alle Flächen ohne klaren Besitztitel zur *domaine nationale*, zum Staatsland erklärt wurden und sich der Staat im Sinne einer gerechten Verteilung zum treuhänderischen Verwalter gemacht hat. Zur Erläuterung dieser Rechtsverhältnisse sei auf Münkner (1990) verwiesen.



2. Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Moderation: Reinold Thiel

Basisaspekte auf dem Weg zu fairen Fischereiabkommen

von Brian O'Riordan

Der Mißbrauch der Überkapazität im Norden ist eine wesentliche Ursache für die Kluft zwischen Ressourcenzugang und Produktion: 90% der Fischer, die im artisanalen Fang tätig sind, leben und arbeiten im Süden, erwirtschaften aber nur 45% der globalen Fischproduktion. Dieses Problem kann nicht von den Nord-NROs allein angegangen werden. Eine internationale Zusammenarbeit ist gefragt, durch die Kohärenz zwischen der Fischerei- und Entwicklungspolitik geschaffen werden muß. Dabei muß die Priorität auf der nachhaltigen Entwicklung in der Fischerei in Westafrika und international und nicht auf der EU-Fischereipolitik liegen. Allein die Aufkündigung der Verträge ohne zusätzliche Maßnahmen könnte zu keiner Verbesserung der Ernährungssituation in Westafrika führen. Die entstehenden Freiräume würden nur von Joint-Ventures oder von unter falscher Flagge fahrenden Schiffen genutzt.

In Deutschland bedarf es einer breiten Aufklärungskampagne für die Verbraucher, auf EU-Ebene einer radikalen Politikveränderung. Die wirksame Interessenvertretung des Südens wird von ungleichen Macht- und Ressourcenverhältnissen behindert. Kurzfristigen Interessen wie der schnellen Schuldenentlastung in Afrika und der Befriedigung des Bedarfs an Investitionen und der Nachfrage in Europa wird bislang Priorität eingeräumt.

Die Folgen dieser Politik sind Überfischung Flottenüberkapazität: In der europäischen Fischerei hängen 20.000 Arbeitsplätze direkt, ca. 200.000-250.000 in der Verarbeitung von den Abkommen ab. 20-25% des Fischkonsums in Europa werden unter den Bedingungen der Fischereiabkommen gedeckt. Europa ist auf Fischimporte angewiesen, denn die eigenen Ressourcen sind zu 55% überfischt. Das heißt, die EU hat eine Überkapazität von 40%, die sie in den Süden zu verlagern versucht, um das Beschäftigungsproblem in den Griff zu bekommen. Um also eine Veränderung in der Fischereipolitik zu erreichen muß sich die europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik ändern.

Die innereuropäischen Fischereikonzepte, die in keiner Weise nachhaltig sind, werden im Rahmen der Fangabkommen unverändert nach Afrika „exportiert“. Dabei gibt es zwei Arten von Abkommen: „Geld für Zugang“ und „Fish-and-Go“. Darüber hinaus existieren die über die Strukturfonds der EU subventionierten Joint-Ventures. Die Fischerei der EU-Flotten im Rahmen solcher Abkommen läuft wie folgt ab: Die afrikanischen Regierungen bekommen ihr Geld, der Fisch wird gefangen, nach Europa gebracht, verarbeitet und dann - z.T. sogar subventioniert und daher billiger - wieder in Westafrika auf den lokalen Märkten verkauft. Ein weiteres Problem dabei ist die Tatsache, daß der Mehrwert allein in Europa geschöpft wird.

Diese Abkommen führen zu einer „Überfischung entlang der Ernährungskette“, so daß mittlerweile Abkommen über pelagischen Fisch, ursprünglich der „Fisch der



Armen“, geschlossen werden. Wie in Argentinien werden Abkommen, die auf bestimmte Arten beschränkt sind, häufig dazu benutzt, auch andere, ausgeschlossene Fische zu fangen. Nachdem die neuen Gewässer erschlossen sind, kann ungehindert gefischt werden, so daß die Bestände zusammenbrechen.

50% der Schiffe weltweit sind alt und ineffizient, stellen aber dennoch als Investition einen bedeutsamen Faktor dar, weil sie die neuen Besitzer dazu zwingen, noch mehr zu fischen und zu verkaufen, um die Schulden abzahlen zu können. Es besteht hier eine Konkurrenzsituation zwischen industrieller, exportorientierter einerseits und artisanaler Fischerei andererseits. Zwar hat sich die Aufstockung der Kapazität verlangsamt, dafür werden mehr Schiffe speziell für die westafrikanischen Gewässer gebaut, die die Effizienz erhöhen und so die Überfischung noch forcieren.

Ein weiteres Problem sind die nichtselektiven und umweltfeindlichen Fangtechniken, die zur Verschwendung von Proteinen, Vernichtung der Artenvielfalt und der Bestände führen. Da in den Schonzeiten für bestimmte Arten die übrigen Fische weitergefangen werden, wird dieser Schutz unterlaufen. Laut einer Aussage von IFREMERE von 1997 bedroht u.a. das massive Überbordwerfen der Zephalopoden in der industriellen Fischerei die Bestände. Die industrielle Fischerei zerstört so zum einen die Lebensgrundlage der kleinen Fischer. Zum anderen ist sie durch massive EU-Subventionierung im Vorteil. Der EU-Etat der gemeinsamen Fischereipolitik beläuft sich mittlerweile auf 875 Mio ECU, davon ist ein Drittel für Subventionen und ca. 50% davon für die Modernisierung der Flotte bestimmt. Die Abhängigkeit der afrikanischen Ländern wird deutlich, wenn man bedenkt, daß allein der erste Posten den gesamten mauretanischen Haushalt übersteigt. Die Kompensationszahlungen der EU machen 25% des mauretanischen Etats aus. So bleibt kein Spielraum für eine eigene Fischereipolitik. Sie wird von den Interessen der EU bestimmt. Die Partner im Süden müssen bei der Entwicklung ähnlicher Rahmen zur effektiven Zusammenarbeit mit ihren Regierungen unterstützt werden, andernfalls würde auch die Schaffung von Kohärenz in der EU-Politik nichts bewirken.

Beispiele zeigen, daß es selbst für starke Entwicklungsländer schwer ist, ihre Interessen im Geflecht der internationalen Handelsbeziehungen zu vertreten:

- Das Free Trade-Abkommen Südafrikas mit der EU kam in Abhängigkeit vom Abschluß eines Fischereiabkommens zustande, gegen das sich Südafrika aufgrund seiner ausgebeuteten Bestände lange gewehrt hat.
- Mexiko hat vor der WTO gegen die USA geklagt, die den Import von mit „unfriendly methods“ (schädliche Methoden) gefangenem Thunfisch gestoppt hatten. Mexiko erhielt Recht, hat aber eingelenkt, um seine Handelsbeziehungen zu den USA nicht zu gefährden.
- Momentan läuft ein ähnliches Verfahren zwischen diesen Staaten über die Anwendung von „turtle excluder devices“¹ beim Shrimpsfang.

Co-Management sollte dazu dienen, daß die Regierungen einen Teil ihrer traditionellen Controlling-Rolle abgeben. Unter dem Druck der Liberalisierung und dem Sparzwang bedeutet dies jedoch häufig eine Privatisierung, bei der Zugang zu den Ressourcen regelrecht erkaufte wird. Damit werden die positiven Aspekte des Co-Managements zunichte gemacht.

¹ Spezielle Fanggeräte, die von den USA entwickelt wurden und die den Schutz der Schildkröten beim Fischfang mit Netzen gewährleisten sollen.

Wenn man in der Fischerei von Effizienz spricht, darf nicht allein die ökonomische Effizienz gemeint sein. Genauso wichtig ist die ökologische Effizienz. Außerdem muß darauf geachtet werden, daß alle von der Fischerei abhängigen Menschen gleichen Zugang zu den Ressourcen erhalten. Momentan erfüllen die Fischereiabkommen keine von beiden Forderungen.



Ernährungssicherungsstrategien der Entwicklungszusammenarbeit im Sektor Fischerei für die Region Westafrika

von Birgit Gerhardus

Das übergeordnete Ziel der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Bereich der Fischerei ist die Aufrechterhaltung oder sogar die Verbesserung der Ernährungsversorgung der ärmeren Bevölkerung, danach die Verbesserung der Einkommenslage und der Erhalt der Ressourcen und der Biodiversität. Im Sektor Fischereiwirtschaft geht es anders als in der sonstigen ländlichen Entwicklung nicht um eine Steigerung der Erträge, sondern um eine dauerhafte, optimale Nutzung der Ressourcen. Dies verschärft in der Tendenz das Problem der Ernährungssicherungsstrategie, weil die nachhaltigen Bestandsgrenzen streng beobachtet werden müssen.

Unbestritten erscheint trotz der divergierenden Meinungen über die Fischerei ihre Bedeutung für die Proteinversorgung gerade der ärmeren Bevölkerung. Weiterhin wichtig ist, daß bei weitem der größte Teil des Fischertrages nicht aus der vollmechanisierten Hochseefischerei stammt, sondern aus der handwerklichen Kleinfischerei in Küstengewässern und Gewässern in Ufernähe kommt. In Entwicklungsländern hängen ca. 300 bis 500 Millionen Menschen von der Fischerei als wichtiger Nahrungs- und Einkommensquelle ab. Das ist auch ein Grund dafür, warum sich das BMZ intensiv mit diesen Fragen beschäftigt. In der Region Westafrika ist die Herausforderung besonders groß, da die Mehrzahl der am wenigsten entwickelten Länder in Afrika liegt und zum anderen seine Meeresgründe zu den fischreichsten der Welt gehören.

Was ist die Strategie des BMZ?

„Kohärenz“ oder globale Strukturpolitik - dies sind Begriffe, die sich gerade die neue Bundesregierung als Schwerpunkt der Entwicklungspolitik zu eigen gemacht hat. Im Bereich der WTO-Agrarfragen zeigt sich aber, wie schwach das BMZ in der Regierung ist. Deswegen müssen auch die Entwicklungsländer selbstbewußter ihre legitimen Rechte einfordern, wie es in der WTO durch das Prinzip „ein Land - eine Stimme“ möglich ist. Es ist letztlich der erfolgversprechendere Weg, wenn die Entwicklungsländer selbst aufstehen und ihre Forderungen vorbringen. In Fragen der Kohärenz müssen beide Seiten - die Entwicklungsländer und die EU - aktiv werden.¹

Im Bereich der globalen Rahmenbedingungen gibt es drei Ebenen: die EU, die WTO und die Vereinten Nationen:

Auf EU-Ebene wirkt das BMZ auf eine entwicklungsverträgliche Ausgestaltung der internationalen Fischereiabkommen, die den europäischen Fangflotten den Zugang zu den Meeresgründen von Drittstaaten eröffnen, hin. Bedeutende Aspekte sind dabei die stärkere Anpassung der Fangrechte an den Zustand der Fischbestände, damit eine Beeinträchtigung der handwerklichen Küstenfischerei ausgeschlossen werden kann. Anpassung heißt in allen Fällen eine massive Reduzierung der bisherigen Fangquoten. Weiterhin sollen Kooperationselemente zur Stärkung des Fischereisektors der Entwicklungsländer in die Fischereiabkommen integriert werden, z.B. die Unterstützung der meeresbiologischen Forschung und der Überwachungsbehörden. Die Frage, ob z.B. auch ein Joint-Venture oder die vollständige Schließung der Seemeilenzonen in Betracht zu ziehen ist, läßt sich nicht pauschal beantworten. Eine gewisse Autonomie der Länder sollte gewahrt bleiben. Betrachtet werden sollte auch

¹ An dieser Stelle wendete der Moderator ein, daß den meisten Entwicklungsländern genau dazu aber die Kapazitäten fehlen.



die Frage, wie man den Mißstand beheben kann, daß auf der einen Seite die Forschung unterstützt wird, aber auf der anderen Seite vielleicht eigene Interessen verfolgt werden. Jedoch sind die Schwierigkeiten im Bereich der Fischerei auf EU-Ebene nicht mit denen der Landwirtschaft zu vergleichen, wo die Kohärenzproblematik ein wichtigeres Thema ist. Dennoch ist es z.B. mit Spanien sehr schwierig, eine Lösung zu finden. Die Position Brian O'Riordans, daß das Kohärenzproblem dahingehend interpretiert werden sollte, daß die westafrikanischen Prioritäten reflektiert werden müssen, ist eine Position, die strategisch richtig und wichtig ist. Es ist aber eine Position, die das BMZ nicht vertreten kann, weil es auf den Interessenausgleich zwischen Nord und Süd angewiesen ist. Das ist nicht immer einfach, da es auch im Norden gerechtfertigte Interessen gibt. Die EU-Kommission hat eine Kosten-Nutzen-Analyse in Auftrag gegeben, auf deren Grundlage eine grundsätzliche Überprüfung der externen Fischereiabkommen erfolgen soll. Diese Studie liegt bislang jedoch noch nicht vor.

Auf der Ebene der WTO gilt es, nicht die Symptome bekämpfen, sondern die Ursachen. Die Ursachen sind die hohen Subventionen im Bereich der Fischereipolitik. Es besteht eine 40% Flottenüberkapazität innerhalb der EU, 20 bis 25% des Produktionswertes machen Subventionen aus. Inzwischen belaufen sie sich weltweit auf 54 Millionen US-Dollar. Die einflußreichen Staaten wie die USA, Neuseeland und Kanada haben sich in der WTO für eine nachhaltige Fischereipolitik und den Abbau von Subventionen eingesetzt. Ein positiver Nebeneffekt wäre aber auch die Rückführung der Überkapazitäten. Ein Grund, für die Reduzierung der überdurchschnittlich hohen Zolltarife für Speisefisch einzutreten, ist die Verbesserung des Marktzugangs der Entwicklungsländer. Die Grundstimmung hier ist aber, daß der Export eher kontraproduktiv in Bezug auf die Ernährungssicherung ist, und steht daher nicht im Vordergrund. Bei den Fragen der Freihandelsabkommen und der WTO geht es um eine langfristige Vision, die sich mit Sicherheit nicht in den nächsten fünf Jahren verwirklichen läßt, weil dazu viel Aus- und Weiterbildung notwendig ist. Bei einem Vergleich der Verhandlungsmöglichkeiten und des Geschicks zwischen der EU und Südafrika, was protektionistische Fragen angeht, ist die EU sicherlich im Vorteil. Da aber in der WTO die Mehrzahl der WTO-Mitgliedsstaaten Entwicklungsländer sind, besteht hier langfristig ein Potential, die Verhandlungen in positiver Weise zu beeinflussen. Es steht den Mitgliedsstaaten der EU frei, sich an der Finanzierung des Streitschlichtungsbüros zu beteiligen. Das BMZ prüft derzeit die Möglichkeit, hier mit deutschen Geldern aktiv zu werden. Darüber hinaus werden auch andere Aktivitäten wie die Finanzierung von Trainingsmaßnahmen geprüft, um die Entwicklungsländer auf die WTO-Agrarverhandlungen vorzubereiten. Es ist das Ziel des BMZ, insgesamt stärker unterstützend tätig zu werden. So ist unter anderem ein Workshop zu dieser Thematik wie er bereits in Südafrika durchgeführt wurde in Westafrika geplant.

Auf der Ebene der Vereinten Nationen wird über ein Abkommen der weit wandernden und grenzüberschreitenden Fischarten gesprochen. Wichtig ist allerdings, internationale Mechanismen zu schaffen, die eine Umsetzung des UN-Abkommens ermöglichen, und die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen.

Ein Problem besteht nach wie vor bei der entwicklungspolitischen Forderung aus dem Koalitionsvertrag nach einer Zusammenlegung der Zuständigkeit für entwicklungspolitische Fragen in einem Ministerium, auch im Zusammenhang mit Lomé, jedoch ist gegenwärtig keines der Ministerien bereit, Verantwortlichkeiten aufzugeben. Für die FAO bleibt daher weiterhin auch das Landwirtschaftsministerium zuständig. Falls aber das BMZ neue Zuständigkeiten übernehmen kann, so muß damit auch ein beträchtlicher Personaltransfer, z.B. vom Landwirtschaftsministerium in das BMZ, einher gehen. Im Fall des Lomé-Abkommens ist dies nicht der Fall



gewesen. Mit nur einer einzigen Stelle mehr kann der Nachfolgeprozeß nicht seriös betreut werden. Die Frage ist auch, ob es strategisch sinnvoll ist, die Fischereiabkommen oder die Revision der Fischereiabkommen in den Nachfolgeprozeß von Lomé zu integrieren.

Eine zweiten Säule der EZ-Strategie bildet die Unterstützung der Partnerländer, die sich im systemischen Ansatz auf der Makroebene, der institutionellen Ebene und der Mikroebene, also der handwerklichen Fischerei, abspielt. Auf der Makroebene, der politischen Ebene, werden die Partnerländer bei der Entwicklung einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Fischereipolitik unterstützt. Dazu gehört z.B. Beratung des Fischereiministeriums in Namibia. In Namibia stellt die Fischerei nach den Diamantenvorkommen den zweitwichtigsten Wirtschaftszweig des Landes dar. Vor der Unabhängigkeit wurden Namibias reiche Fischbestände von zahlreichen Nationen ausgebeutet und einige Arten bis an den Rand der totalen Erschöpfung überfischt. Nach der Ausrufung der 200-Seemeilen-Wirtschaftszone und Gründung des Fischereiministeriums begann die Bundesregierung 1993 damit, Berater nach Namibia zu entsenden, die die Regierung dabei unterstützen, Gesetzestexte zu erarbeiten, Fischereiverordnungen, Fangquotenregelungen und Festlegung von Qualitätsstandards vorzunehmen. Dies geschah in enger Abstimmung mit anderen Gebern, die bestandskundliche und Fischereikontrollmaßnahmen finanzierten. Viele Experten betrachten heute die namibische Fischereipolitik als nahezu vorbildlich.² Die Namibier haben es geschafft, sich deutlich zu emanzipieren. Sie haben kein Fischereiabkommen mehr mit der EU geschlossen, sondern konzentrieren sich auf Joint-Ventures. Eine Studie des DIE soll die Fischereisektorpolitik in Namibia genauer untersuchen, um sie auch für andere afrikanische Länder zugänglich zu machen.

Auf der institutionellen Ebene fördert das BMZ den Aufbau leistungsfähiger Institutionen im Fischereibereich, insbesondere wirksamer Kontrollsysteme zur Überwachung und Begrenzung der Fischereiaktivitäten von Fangflotten anderer Nationen. Das Beispiel hier ist der Aufbau der Fischereiüberwachung in Mauretanien. Die mauretanischen Fischbestände sind massiv gefährdet, woran die ausländischen Flotten einen hohen Anteil haben. Somit ist eine Fischereiüberwachung dringend nötig. Seit längerer Zeit führt das BMZ ein Projekt gemeinsam mit der GTZ und der KfW durch. In diesem Projekt sind sowohl die Komponenten der Beratung und der personellen Zusammenarbeit als auch der Lieferung der Ausrüstung integriert. Die Maßnahmen umfassen die Bereitstellung eines hochseetauglichen Schiffes zur Überwachung der küstenfernen Fangplätze, weiter die Lieferung mehrerer kleinerer Boote zur Absicherung der ausgedehnten Flachwasserzonen, die Ausrüstung eines Flugzeuges mit Spezialkamera zur Überwachung der Fangaktivitäten aus der Luft, die Errichtung von Radarstationen und den Aufbau einer modernen Informationszentrale mit einer EDV-gestützten Datenbank zur Erfassung und Auswertung aller relevanten Daten. Der Aufbau dieser Infrastruktur ging und geht noch immer einher mit einer umfangreichen Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Fischereiaufsichtsbehörde, von Fischereinspektoren sowie von Informatikern, Wissenschaftlern und Technikern, um den einwandfreien Betrieb des komplexen Systems zu ermöglichen und langfristig abzusichern. Das Projekt unterstützt die Partnerregierung ähnlich wie im Falle Namibias auch bei der Ausarbeitung von Fischereigesetzen und -verordnungen. Dadurch, daß der mauretanischen Regierung jetzt die Möglichkeit gegeben ist, ihre Fischereiresourcen vor übermäßiger Ausbeutung zu schützen und für die entnommenen Mengen entsprechende Gebühren zu erheben, sind die Grundlagen für eine langfristige Devisenquelle gelegt. Es steht zu hoffen, daß die EU entsprechend mit der Einschränkung ihrer Aktivität im Bereich der Fischerei reagieren wird.

² Ingo Bokermann von Greenpeace wies jedoch darauf hin, daß die neuen Möglichkeiten seit ca. drei Jahren in Namibias Hafen Wallis Bay auch dazu genutzt würden, illegale Fänge aus dem Südpolarmeer umzuschlagen.



Auf der Mikroebene soll ein Beispiel von den Kap Verden das Vorgehen des BMZ verdeutlichen: Angestrebt wird, die betreuten Fischereikommunen von den Gefahren durch bestandsschädigende Fischereimethoden wie z.B. engmaschige Netze oder gar Dynamit zu überzeugen und gemeinsam mit der Zielgruppe nach Alternativen zu suchen, die verhindern, daß die Fische bereits im Jungstadium abgefischt werden und so das Nachwachsen der Ressourcen unterbunden wird. Entscheidend ist die volle Einbindung der Zielgruppe, Nur so kann erreicht werden, daß sich die Zielgruppe mit den getroffenen Entscheidungen identifiziert und sich die begonnenen Maßnahmen zum Schutze der Ressourcen auch fortsetzen. Seit 1992 arbeitet die GTZ vor Ort an dem Ziel, insbesondere die Inlandsbevölkerung ausreichend mit preiswertem Fisch zu versorgen. Seetüchtigere, lokal gefertigte Fischerboote mit größerem Aktionsradius und Kiemennetzen, mit denen preiswerte kleine Schwarmfische gefangen werden können, die für die traditionellen Methoden unerreichbar waren, sollen eingeführt werden. Ein privates kleingewerbliches Transportsystem soll aufgebaut werden, damit auch das Binnenland besser mit den Fischarten versorgt werden kann. Die Konservierungsmethoden und der Zugang der Kleinfischer zu Krediten soll verbessert und die Bildung von kooperativen Zusammenschlüssen und Infrastrukturprogramme sollen gefördert werden. Diese Selbstorganisation der Fischereikommunen führt zu zunehmender Unabhängigkeit von staatlicher Förderung. Die Versorgung mit Fisch konnte sich in den letzten Jahren deutlich verbessern.



Möglichkeiten angepasster Fischerei in der Entwicklungszusammenarbeit

von Uwe Lohmeyer

Eine Möglichkeit der Ernährungsicherung in Westafrika ist die nachhaltige Aquakultur. Bei der großen Nachfrage nach Fisch stellt sie eine Entlastung für die marinen Ressourcen da. In die Zwickmühle gerät man dort, wo Aquakultur in größerem Stil betrieben wird, z.B. in großen Teichwirtschaften. Aquakultur muß nicht umweltschädlich sein, wenn eine nachhaltige und umweltneutrale Arbeitsweise angestrebt wird. Dies ist z.B. durch Kreislaufanlagen, die man reinigen kann, möglich. Das verteuerte Produkt ist jedoch auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Diese Extrakosten sollten eigentlich von der Entwicklungshilfe getragen werden. Jetzt versucht man, die Aquakultur möglichst breit und kleinbäuerlich, d.h. mit kleinen Teichen, bei denen man von einer Umweltverträglichkeit mit Sicherheit ausgehen kann, anzulegen. Hier fällt außerdem als Nebenprodukt mit dem Bodensatz wertvoller Dünger an. Diese Produktionsform ist somit förderungswürdig.

Die Aquakultur hat in Afrika einen ganz anderen Stellenwert als z.B. in Indien. In Indien und Thailand hat man versucht, vor allem Shrimps in Aquakultur zu produzieren, was zu verheerenden Umweltschäden geführt hat. Daher hat die indische Regierung vor anderthalb Jahren die Konvertierung von Küstenstreifen und vor allem der Mangrovegebiete in Shrimps-Teiche vollständig verboten. Dieses Problem ist in Südamerika und vielen Ländern Asiens aufgetreten. In Indien ist die Teichwirtschaft in Seen verbreitet. Wenn man die vier Millionen Hektar Stauseefläche in Indien ordentlich durch Besatzfischerei bewirtschaftete, könnte sich die Produktion dieser Teiche von durchschnittlich 25 bis 37 kg/ha/a Fisch auf bis zu 60 bis 200 kg steigern. Die Besatzfischerei läßt sich mit relativ einfachen Methoden fördern. Wenn auch nur ein einziges Kilo pro Hektar pro Jahr zusätzlich dadurch erwirtschaftet werden kann, dann bedeutet dies allein in Indien vier Millionen kg Fisch aus Staugewässern.

Die Problematik in Afrika besteht darin, daß sich die Aquakultur hier aus unbekanntem Gründen nicht sehr durchsetzt. Möglicherweise lassen hohe Einfuhren von marinem Fisch, der billig gefangen wird, Aquakulturen unwirtschaftlich erscheinen. Die vielen Teiche auf Dorfebene spielen eine marginale Rolle, wenn sie als ausgesprochene Fischteiche angelegt werden. Laut Untersuchungen lohnt es sich bei den geringen Preisen, die in Afrika für Teichfisch gezahlt werden, nicht, landwirtschaftliche Nutzfläche in Teiche zu konvertieren. Es lohnt sich aus Entwicklungsperspektive nur dort, wo in einem integrierten System die Teiche auch das Irrigationswasser¹ liefern.

Die großen Anlagen werden durch den Markt gesteuert, so daß hier aus Sicht der technischen Zusammenarbeit kein großer Handlungsbedarf besteht. Konterkariert wird diese Maßnahme durch die Konkurrenz der großen Trawler, die mit ihren großen Fangmengen die Preise drücken und den innerafrikanischen Markt überschwemmen. Dies hat z.B. in Malawi dazu geführt, daß der Aufbau einer konkurrenzfähigen Aquakultur nicht möglich war. Es muß auch bedacht werden, daß diese Flotten subventioniert sind, wenn die EU für diese Schiffe die Fangrechte kauft. Das heißt, die Fischer vor Ort könnten den gleichen Fisch eigentlich billiger als die großen Trawler fangen.

Im Bereich des marinen Fisches könnten Länder wie Mauretanien, die über keine eigene Flotte verfügen, wie Namibia durch konsequente Politik darauf hinwirken, daß die fremden Flotten zumindest an ihr Land angebunden werden, damit nicht der gesamte Fang über Las Palmas reimportiert wird. Durch eine Direktvermarktung könnte der Einfluß der Subventionen begrenzt werden.

¹ d.h. zur Bewässerungsdienen



Die wissenschaftlichen Möglichkeiten, die Situation der Fischbestände zu beurteilen, sind vorhanden. Das Problem liegt vielmehr in der Umsetzung. Schuldig sind nicht allein die Fischer der EU. Auch innerhalb Westafrikas gibt es Kräfte, die die handwerklichen Fischer in ihrer Existenz bedrohen. Das Problem liegt also nicht so sehr bei der Verbesserung der Kohärenz, sondern in der Einbindung aller Beteiligten vor Ort, damit die positiven Ansätze auch umgesetzt werden. Das Co-Management bedeutet hier eine geeignete Methode, die Fischbestände mit der Zielgruppe und den politischen Entscheidungsträgern zusammen zu bewirtschaften und zu kontrollieren. Es basiert auf dem Gedanken, daß die Zielgruppe nicht in der Lage ist, sich gegen Fremdfischereien durchzusetzen, weil sie nicht das gesetzliche Mandat dafür hat und der Staat nicht in der Lage ist, Regeln, selbst wenn er sie aufgestellt hat, auch durchzusetzen. Dieses Management-Modell funktioniert zwar relativ gut, es führt jedoch noch zu keiner Fangbegrenzung. Durch die Schaffung alternativer Einkommen versucht man in einem zweiten Schritt, den Druck von den Ressourcen zu nehmen, damit diese sich rehabilitieren können oder zumindest nicht weiter überfischt werden. So kann man u.U. sogar einen Zugewinn an fischereilicher Produktion erzielen. Durch eine Fangpause von nur einem halben Jahr läßt sich oft das Gewicht der Fänge verdoppeln. Dies haben Berechnungen am Beispiel Kuba ergeben. Es konnte den Fischern hier jedoch keine alternative Beschäftigung für ein halbes Jahr angeboten werden, so daß weiter gefischt wurde.

Ein Thema, das in der Diskussion um die europäische Entwicklungszusammenarbeit immer wieder eine Rolle spielt, ist die Festlegung bestimmter Standards, die ein Hemmnis für den Handel darstellen können. Die Hygienevorschriften der EU haben ihre Berechtigung, wenn man mit den Verarbeitungsbedingungen vor Ort vertraut ist. Die EU hat diese Standards aus Gründen des Verbraucherschutzes sehr hoch angesetzt, hat dabei aber einen unflexiblen Standard festgelegt, der keine Abweichungen mit gleichem Sicherheitsniveau zuläßt.² Das erinnert an die Fleischvorschriften Amerikas, aufgrund derer deutsches Fleisch, nur weil es in Deutschland anders beschaut wird, nicht nach Amerika eingeführt werden darf. Genauso verhält sich nun die EU im Fischerei-Sektor. Wenn das Prüfungsschema vom EU-Standard abweicht, wird die Importgenehmigung verweigert. Damit sind die afrikanischen Länder überfordert, denn sie haben sich u.U. bereits einen amerikanischen Standard angepaßt. Es wurde mittlerweile aber eine internationale Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Standards untersucht und an einer gegenseitigen Anerkennung arbeitet. Die GTZ hat versucht, das Problem anzugehen und auf Anfrage durch die Entsendung von Veterinären und Trainingsmaßnahmen zu helfen. Trotzdem kann es natürlich passieren, daß die spätere Beteiligung von unqualifizierten Labors und Prüfern der EU die Möglichkeit in die Hand gibt, die gesamte Einfuhr zu stoppen, wie es z.B. im Handel mit Bangladesch der Fall war. Das Land hängt zu einem wesentlichen Teil von der Shrimps-Produktion ab. Durch eben diesen Fehler wurde der gesamte Export in die EU abgeklammert. Die GTZ als Durchführungsorganisation kann nur auf Anfrage aktiv werden. Das hat den Vorteil, daß den Partnerländern nichts aufgezwungen wird, es führt jedoch auch zu großen Verzögerungen bei der Bereitstellung der Hilfe, wenn eigentlich ad hoc-Entscheidungen notwendig wären, wie das oben genannte Beispiel verdeutlicht.

² Aliou Sall gab zu bedenken, daß die Bewertung der Hygienevorschriften der einzelnen Länder sehr unterschiedlich ausfallen kann, je nachdem wie ihre Bereitschaft zu Fischereiabkommen mit der EU ist. Als Beleg führt er die Verhandlungen mit Madagaskar 1997 an, bei denen die madagassischen Standards erst nach der Unterzeichnung eines Fischereiabkommens als ausreichend befunden wurden.

Die Entwicklung, die sich im Zuge der Liberalisierung im Bereich der Landwirtschaft abgespielt hat läßt sich im Grunde auf die Fischerei übertragen. Es ist das klassische Problem der öffentlichen Güter. Eine Form der Liberalisierung, die den Todesstoß für die Ressourcen bedeutet, ist nicht länger vertretbar. Liberalisierung sollte in den nachgelagerten Feldern stattfinden, z.B. auf den Märkten, bei den Marktzugängen. Aber sie sollte nicht da zum Tragen kommen, wo es direkt um die Bewirtschaftung der Ressourcen geht. Diese muß regulierbar sein.



Ergänzung zu den Lebensmittelstandards

von Rainer Engels

Die WTO hat kein Gremium, das Lebensmittelstandards festsetzt. Die WTO stützt sich vielmehr auf ein UN-Gremium, die Codex-Alimentarius-Kommission. Dabei handelt es sich um ein Gremium, das zwischen der WTO und der Weltgesundheitsorganisation angesiedelt ist. Für diesen Bereich ist in Deutschland das Gesundheitsministerium, nicht das Wirtschaftsministerium verantwortlich. Dies war im Zusammenhang mit dem Hormonstreitfall sehr wichtig.

Die Institution Codex Alimentarius wurde auf freiwilliger Basis in den sechziger Jahren eingerichtet, um Standards für den Welthandel einzuführen, den Handel zu erleichtern und Gesundheitsförderung weltweit zu betreiben.

Das SPS-Abkommen der WTO verweist auf Standardisierungsorganisationen wie Codex Alimentarius. Bei Fisch ist es das Internationale Institut für Tierhygiene, wo fischrelevante Fragen behandelt und standardisiert werden. Bei internationalen Streitigkeiten werden diese Gremien als Quasi-Schiedsinstanz hinzugezogen, obwohl die Standards freiwillig sind.

Die EU hat natürlich ihre eigenen Standards. Codex Alimentarius versucht, internationale Standards - natürlich auf der Basis möglichst einstimmiger Entscheidungen - zu setzen, was aber im Falle des hormonbehandelten Fleisches aus den USA nicht der Fall war. Per Mehrheitsentscheidung wurde ganz knapp entschieden, daß die Hormone, die bei der Rindermast eingesetzt werden, gesundheitsunschädlich seien.

3. Maßnahmen in Europa

Moderation: Sabine Haupt

Vorstellung der „Coalition for Fair Fisheries Agreements“ und Perspektiven für zukünftige Fischereiabkommen

von Béatrice Gorez

Beim komplizierten Problem der Fischereiabkommen sind Fehlinformationen und mangelndes Verständnis an der Tagesordnung. Die zwei Hauptprobleme in Verbindung mit der EU-Politik gegenüber den AKP-Staaten sind die Überkapazität und die Versorgung des europäischen Marktes. Ziel der gemeinsamen Fischereipolitik der EU scheint ein Transfer der gesamten Überkapazität zu sein. Besonders die Zephalopodenfischerei vor Marokko, Mauretanien und Westafrika im allgemeinen stellt ein großes Problem dar, weil die Ressourcen bereits stark gefährdet sind. Daher will die marokkanische Regierung jetzt die in den Abkommen geregelte Fischerei und insbesondere die der spanischen Flotte nicht länger dulden. Die Unternehmen werden dann aber andere Fanggebiete, z.B. in Mauretanien, zu erschließen versuchen. Die Verhandlungen zwischen der EU und Mauretanien für ein neues Fischereiabkommen laufen, wobei auch das Problem der Zephalopoden berücksichtigt werden wird. Möglicherweise wird dies zu einer grundlegenden Veränderung der EU-Fischerei in diesem Bereich führen, aber die Flotten werden sich dann in anderen Gewässern, z.B. im Senegal, um Joint-Ventures bemühen, um künftige Einschränkungen zu umgehen. Sie haben dann die Möglichkeit, unter senegalesischer Flagge uneingeschränkt weiterzufischen. Dies bedeutet eine ernste Bedrohung für die Fischbestände und führt zu Konkurrenz zwischen den Unternehmen und der lokalen Fischerei.

Das bedeutet: Rückzug der EU-Flotten und Privatisierung sind keine Lösung. Zur Zeit gibt es noch keine Evaluierung der Auswirkungen der Joint-Ventures in AKP-Staaten. Hier gibt es noch Forschungsbedarf. Als positiv ist die Resolution der paritätischen Versammlung EU-AKP vom 1. April 1999 zu bewerten, die vor Joint-Ventures warnt. Momentan wird ein Instrument, das den Flottentransfer regeln soll, das „Instrument Financier d'Orientation de la Pêche“, kurz IFOP, entwickelt. Die europäischen NROs müssen sich der entwicklungspolitischen Bedeutung des Instruments, das den Transfer vielfach subventioniert, bewußt sein. Diese Subventionspolitik bevorzugt die europäische industrielle Großfischerei, die maßgeblich für die Überfischung verantwortlich ist, gegenüber kleinen Fischern und vernachlässigt die Auswirkungen in den Gewässern von Drittländern. Beiträge zu einer nachhaltigen Fischerei wie selektive Fangtechniken sollten subventioniert werden, keines Falls aber der Export von Überkapazitäten. Im Rahmen des IFOP ist es für die Fischereiwirtschaft günstiger, Überkapazität zu transferieren als sie endgültig zu vernichten. Zudem werden die Regelungen zur Flottenreduzierung systematisch ignoriert: Holland hat nichts unternommen um seine Kapazität zu reduzieren. Seine Schiffe fischen jetzt illegal unter holländischer Flagge in afrikanischen Gewässern und richten sich damit direkt gegen die europäische Fischereipolitik. Es bleibt dann den AKP-Staaten überlassen, die Probleme der Überkapazität in den Griff zu bekommen. Dies wird, wie die Erfahrung zeigt, nur unzureichend realisiert, da häufig auch der politische Wille fehlt. Ein Rückzug der EU aus ihrer Verantwortung muß den privaten Unternehmen wie eine Aufforderung erscheinen. Die zuletzt von diesen Unternehmen signalisierte

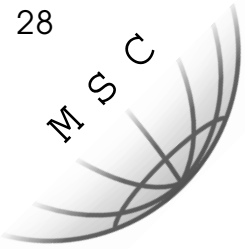


Dialogbereitschaft scheint dabei eine Taktik zur Schwächung der NRO-Position zu sein. Die Zusammenarbeit in puncto Nachhaltigkeit ist jedoch ein Bereich, der auf politischer Ebene bearbeitet werden sollte und nicht privat zwischen NROs und Unternehmen. Aufgabe der NROs ist die Information der politischen Entscheidungsträger. Die Instrumente für die Politik sind bei der EU vorhanden, werden aber nicht genutzt.

Bei den Fischereiabkommen ist eine Verbesserung zu beobachten. Für die handwerkliche Fischerei wurde eine 12 Meilen-Küstenzone reserviert. Außerdem verschaffte die Erwähnung der kleinen Fischer in den Abkommen diesen auch bei ihren eigenen Regierungen mehr Gehör. Ihr Arbeitsbeitrag hat Eingang in die Statistiken gefunden, was in einem Land wie Madagaskar, in dem 50% des Eiweißkonsums über die artisanale Fischerei gedeckt wird, nicht unerheblich ist. Ein zweifelhafter Aspekt ist hingegen die starke Unterstützung von Joint-Ventures. Die Förderung der Infrastruktur kommt nicht den kleinen Fischern, sondern mehr den europäischen Schiffen zu Gute.

Weitere positive Ansätze sind erkennbar: Ende dieses Jahres wird eine Studie zu den Auswirkungen der Fischereiabkommen erscheinen, die eine wichtige Basis für die nächsten Verhandlungen sein wird. Leider beinhaltet diese Studie keine sozialen und ökologischen Kosten, wie sie z.B. aus der Überfischung oder der Sacknetzfischerei entstehen. Außerdem hat die paritätische Versammlung EU-AKP und die Versammlung der Entwicklungsminister einen Verhaltenskodex gefordert, aus dem Prinzipien für gleichberechtigte Fischereiabkommen abgeleitet wurden. Finanzielle und technische Hilfe reichen nicht aus. Es muß den nationalen Regierungen auch klar gemacht werden, daß sie die verfügbaren Instrumente mit aller Härte einsetzen müssen, damit sich Erfolge einstellen. In Mauretanien wurden z.B. 200 Schiffe mit Strafen zwischen 100-200\$ belegt - kein schwerer Verlust für die Reedereien.

Die Lomé-Konvention beinhaltet eigentlich zwei Bereiche, Handel und Hilfe. Bei den neuen Verhandlungen geht es jedoch vorrangig um die Errichtung von Freihandelszonen, die vor allem der Versorgung des EU-Marktes dienen. Gleichzeitig errichtet die EU nichttarifäre Handelsschranken über Hygienestandards. Diese Standards sind sinnvoll, werden aber nicht logisch und konsequent angewendet. Primär geht es darum, die eigenen Interessen zu schützen.



Ein Lösungsansatz: Das „Marine Stewardship Council“

von Christian von Dörrien

Das „Marine Stewardship Council“ (MSC) ist eine von den Gründern WWF und Unilever unabhängige nichtstaatliche gemeinnützige Organisation mit Sitz in London. Der MSC ist sowohl finanziell als auch inhaltlich unabhängig. Er sieht seine Aufgabe darin, sich für eine nachhaltige Fischerei einzusetzen, indem verantwortungsbewußte, umweltgerechte, gesellschaftlich nutzbringende und wirtschaftlich vertretbare Fangmethoden gefördert werden und gleichzeitig die Biodiversität, Produktivität und die ökologischen Prozesse der Meeresumwelt erhalten werden. 1995 hat der WWF in einer internationalen Fischereikampagne das Ziel vertreten, gesellschaftliche und wirtschaftliche Anreize für eine nachhaltige Fischerei zu schaffen, nicht nur die Politik mit Lobbyarbeit zu beeinflussen, sondern auch direkt am Markt anzusetzen. Ein erster Entwurf von prinzipiellen Kriterien wurde erarbeitet, der mit möglichst allen Vertretern aus der Fischerei, mit Umweltschutzgruppen, gesellschaftlichen Gruppen, leider vorwiegend aus industrialisierten Ländern diskutiert wurde. Erst jetzt arbeitet man die Interessen von Entwicklungsländern ein. 1998 wurden die Kriterien der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Aufgabe des MSC ist es, Kriterien für eine nachhaltige Fischerei zu entwickeln und ein Methodenhandbuch für eine Zertifizierung zu erstellen. Diese Zertifizierung wird nicht vom MSC, sondern von unabhängigen Zertifizierungsfirmen vorgenommen. Dies geschieht auf freiwilliger Basis. Es sind die jeweiligen Fischereien, die ihrerseits einen Vorteil in einem derartigen Siegel sehen und sich dafür entscheiden.

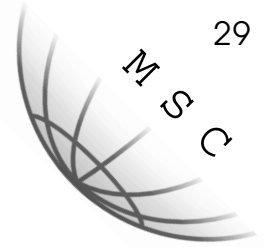
Die Prinzipien der Zertifizierung sind:

1. Eine Fischerei darf nicht zur Überfischung führen.
2. Für erschöpfte Bestände muß die Fischerei so ausgeübt werden, daß sie nachweisbar zu deren Erholung führt. Gerade dies wurde z.B. von Greenpeace aus dem Grund stark kritisiert, daß ein erschöpfter Bestand schwerlich nachhaltig bewirtschaftet werden kann. Man muß bei diesem Urteil jedoch bedenken, daß gegenwärtig keine Fischereien existieren, die völlig ökologisch korrekt arbeiten, aber durchaus Fischereien, die aus den Fehlern gelernt haben.
3. Das Siegel wird für einen Zeitraum von sechs bis maximal zwölf Monaten vergeben. Eine Fischerei bekommt dieses Siegel also nicht auf Dauer, um danach völlige Freiheit zu genießen.

Bei der Kontrolle geht es darum, das Managementsystem dahingehend zu testen, ob es dafür Sorge tragen kann, daß die Kriterien 1 und 2 eingehalten werden. Wenn dies nicht der Fall ist, kann das Siegel nicht vergeben werden. Das Ergebnis ist, daß die Fischereien ihrerseits selbst den Vorteil erkennen und anfangen, von der Politik ein nachhaltiges Management zu fordern, damit sie das Siegel bekommen und ihre Chancen am Markt verbessern können.

Innerhalb eines Jahres werden voraussichtlich die ersten MSC-Produkte auf den Markt kommen. Es ist ein kleiner Stein, der ins Rollen kommt und der hoffentlich bald zu einer großen Lawine führen wird, nämlich zu einem generellen Umdenken. Ein Konzept wie das des MSC ist vom Forest Stewardship Council her bekannt. Der Unterschied zwischen Wäldern und Meeren ist jedoch, daß Fische schwimmen bzw. sich einer kontrollierten Bewirtschaftung entziehen. Das Forest-Siegel erreicht einen Marktanteil von 2-3%. Dieses Ergebnis wäre in der Fisch-Branche ein guter Erfolg.

Das MSC-Siegel kann als ein Marktinstrument sehr hilfreich sein, wenn es um den Exporte in die Nordländer geht. Es soll der Bevölkerung zeigen, daß es Unterschiede



gibt, und eine klare Kaufempfehlung aussprechen. Das grundsätzliche Problem in Bezug auf den Süden ist die Frage: Ist Export grundsätzlich schlecht oder nicht? Das MSC kann gerade bei Kleinfischereien sehr große Erfolge verbuchen. Ein Beispiel sind die Galapagos-Inseln, die unter einer starken Überfischung durch Fremdflootten leiden und denen das MSC ein Instrument in die Hand gibt, um sich gegen diese illegale Fischerei zu verteidigen. Dies muß natürlich von einer vernünftigen Umstrukturierung des Managementsystems begleitet sein.

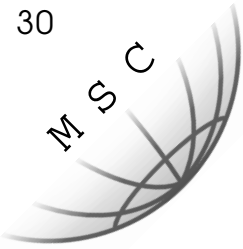
Das MSC-Siegel beinhaltet nicht so direkt wie das Siegel im Forstbereich, wo auch Fragen der Entlohnung der Waldarbeiter eine Rolle spielen, die soziale Komponente. Es ist aber ganz klar, daß der Export nicht auf Kosten der lokalen Bevölkerung gehen darf und daß, solange es Streitigkeiten zwischen der traditionellen Fischerei und den industriellen Flotten gibt, das Siegel nicht vergeben werden kann. Während einer Zertifizierung muß immer eine beratende, transparente und offene Anhörungsrunde mit allen Beteiligten stattfinden, bei der alle Bedenken vorgetragen werden können. Dabei sollen die Auswirkungen des Fischereimanagements auf alle Beteiligten unter Einbeziehung des kulturellen Kontexts und der Größenordnung der Fischerei berücksichtigt werden. Weiter sollen die gesetzlichen und herkömmlichen Rechte und Interessen der Menschen, deren Nahrungs- und Lebensgrundlage von der Fischerei abhängt, in Übereinstimmung mit der ökologischen Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Demnach wäre auch eine EU-Fischerei im großen Stil im Moment nicht zertifizierbar, da all dies bislang so nicht durchgeführt wird. Zur Vergabe des MSC-Labels muß ein Managementplan vorliegen, der möglichst hohe Erträge auf der Grundlage eines hohen Bestandsniveausichert und der das Erreichen dieses Ziels auch wirklich glaubhaft macht.

Bisher wurde viel über Symptome gesprochen und Daten über die dramatischen Auswirkungen der Überfischung in den Gewässern vor Westafrika genannt. Letztendlich beruht das Problem aber auf der Überfischung der europäischen Gewässer. Es wurden auch bereits Ursachen genannt, die dafür verantwortlich sind: Einerseits ist es die Politik, die die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Fischerei schaffen muß, andererseits sind es die Interessen des Marktes und der Industrie, die sich der Politik entziehen möchte und auf eine gute Lobby vertrauen kann. Aber die Industrie und der Markt leben auch vom Verbraucher, hängen von öffentlichem Interesse ab. Daher muß man auch direkt am Markt und bei der Industrie beginnen, wenn man die Probleme lösen will.

Es gibt zwei Hauptansatzpunkte, um den Einfluß der Fangflotten in fremden Gewässern zu verringern. Der erste ist die Reduzierung von schädlichen Subventionen, die die Überkapazitäten gefördert haben und auch weiterhin fördern. Der zweite ist die Entwicklung eines Modells für Fischereiabkommen, welches Normen für die Fischerei in Drittlandgewässern setzt. Der WWF arbeitet seit einiger Zeit mit einer internationalen Kampagne an einem solchen Modell.¹ Zur Zeit besteht ein fundamentaler Widerspruch zwischen den Politikbereichen: Einerseits werden nationale und internationale Rahmenbedingungen geändert, um die Überfischungsproblematik zu lösen (Code of Conduct, das UN-Fischereiabkommen), andererseits werden aber gleichzeitig Jahr für Jahr Milliarden von US-Dollar für Maßnahmen ausgegeben, die die Überfischung weiter zu fördern. Zu den Ansprüchen an ein faires Abkommen gehört natürlich auch, daß das Konzept nicht aufoktroyiert wird. Die Rechte von Kleinfischern müssen gewährleistet sein.

Während sich in der EU der Wissensstand bei den Agrarsubventionen deutlich verbessert hat, sind Fischereisubventionen gerade in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Verglichen mit dem Agrarbereich mag zwar die Gesamtsumme wesentlich geringer sein, aber die Auswirkungen sind mindestens genauso verheerend. Man

¹ Siehe dazu WWF-Report "Foodprint of distant fishing water fleets"

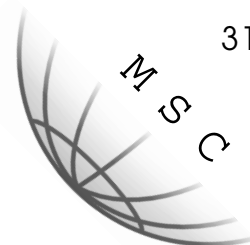


geht davon aus, daß die Fischereiüberkapazität in der EU über 40% beträgt. Der WWF hat letztes Jahr in einer Studie jedoch nachgewiesen, daß die Überkapazität mit einer aktuelleren Berechnungsbasis eigentlich bei 250% liegt. Die Zahl von 40% beruht auf einem Gleichgewicht zwischen Fischereiflotte und Ressourcen in den siebziger Jahren, aber schon damals gab es Anzeichen, daß die Bestände überfischt waren. Die Zeit ist also reif, daß europäische Institutionen, Regierungen, internationale Gremien und auch NROs die Herausforderung annehmen, um das Problem endlich in den Griff zu bekommen. Hier soll auch eine Initiative des WWF zum Subventionsabbau helfen: Es bedarf einer Verbesserung der Transparenz in den einzelnen nationalen Subventionsstrukturen. Der Weg und die Empfänger der Subventionen in Milliardenhöhe sind kaum zu ermitteln.

Weiter sind Sofortaktionen seitens der Regierungen und Staatengemeinschaften nötig, um schädliche Subventionen sofort zu stoppen oder erheblich zu reduzieren. In der gemeinsamen Fischereipolitik hat die EU bisher in wesentlichen Bereichen versagt: Seit Jahren versucht man, die Flotten z.B. durch Abwrack-Prämien zu reduzieren, gleichzeitig werden aber auch neue Einheiten mit EU-Geldern gefördert. Trotz der Annahme einer Überkapazität von 40% reduziert sie die Fischereiflotten nur um 30% und auch nur für die Bestände, die bereits vollständig zusammengebrochen sind. In Gewässern mit überfischten Beständen ist eine Reduktion innerhalb der nächsten fünf Jahre von 20% vorgesehen. Offensichtlich sind die Bemühungen aber nicht ausreichend, da die Bestände weiter abnehmen. Die Überkapazität wird exportiert. Subventionen dürfen höchstens eine nachhaltige Fischerei fördern. Die Umweltkomponente, aber auch die soziale Komponente muß wesentlich gestärkt werden. Da die Methode, die Fischerei über die Kapazität der Flotte zu regulieren, von vielen Fachleuten als unzureichend betrachtet wird, muß man gleichzeitig auch die Fänge selbst begrenzen.

Gemeinsame Aktionen müssen gefördert werden, um neue Instrumente zu schaffen, die die Anwendung und Verwaltung von Fischereisubventionen behandeln. Die öffentliche Unterstützung in diesem Bereich nimmt zu: Im Februar hat das Fischereikomitee der FAO einen internationalen Aktionsplan zum Management der Fischereikapazität verabschiedet, der auch Verpflichtungen zur Reduzierung der Subventionen beinhaltet. Dieser FAO-Aktionsplan ist wie der Code of Conduct rein freiwillig, bedeutet aber eine moralische Verpflichtung. Ein anderes, vielleicht effektiveres Instrument ist die WTO mit dem Komitee „Handel und Umwelt“. Eine Schlüsselfrage in der Debatte ist die Trennung schädlicher Subventionen und Subventionen im Sozial-, Umwelt- oder Entwicklungsbereich. Subventionen, die der Förderung der Emanzipation einer nachhaltigen handwerklichen Fischerei dienen, können nicht mit dem Bau von neuen Riesentrawlern gleichgesetzt werden.

Notwendig ist auch ein Modell für ein Fischereiabkommen, mit dem der Zugang von fremden Flotten in die eigenen Gewässer geregelt wird, um einer unfairen Ausbeutung vorzubeugen. Mindestnorm dafür ist ein einheitlicherer und kohärenterer Ansatz, in dem der Profitierende, in diesem Fall die Fernflotten, auch eine aktivere Rolle im Schutz und im langfristigen Erhalt der Fischbestände übernimmt. Es muß eine Berichtspflicht der Fernflotten geben, damit der wirkliche Fang und Aufwand offengelegt wird und eine klare Beurteilung der Fischerei stattfinden kann. Die Praxis, nach Schätzwerten zu fischen, würde die EU in ihren eigenen Gewässern nicht dulden, daher darf sie dies auch nicht in fremden Gewässern zulassen. Bei der Festlegung der Quoten muß man nach dem Vorsorgeansatz vorgehen und die Fischerei vorsichtig aufbauen. Die Kapazität der Flotten, die Zugang in fremde Gewässer erhält, muß mit einem nachhaltigen Niveau festgesetzt werden. Auf jeden Fall muß die Verantwortung der Flaggenstaaten gewährleistet sein, die einzelnen Vertragspunkte auch durchzusetzen. Gleichzeitig ist eine Regulierung des Beifangs erforderlich, um



die Umwelt vor weiteren Schäden zu schützen. Die Lizenzgebühren, die für den Zugang bezahlt werden, müssen die vollen sozialen Kosten der Fischerei, auch Kosten für Monitoring und Verwaltung dieser Bestände decken. Weiter muß Sorge getragen werden, daß die Gelder auch für diesen Zweck ausgegeben werden.

In einem Modell-Fischereiabkommen müßte ganz klar der Schutz der Rechte der Kleinfischerei geregelt sein. Dies ist in vielen Verträgen bisher nicht der Fall. Die EU hat zwar häufig entsprechende Schutzzonen in ihren Verträgen vorgesehen. Man muß aber auch darauf achten, daß sie respektiert werden. Grundsätzlich müssen diese bilateralen oder multilateralen Zugangsverträge transparent sein. Die EU-Fischereikommission hat das UN-Fischereiabkommen einstimmig ratifiziert. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die einzelnen Staaten ihrerseits das UN-Fischereiabkommen ratifiziert haben. Warum dies sich so verzögert, ist nicht einleuchtend: Ist es politischer Unwille oder einfach die normale Trägheit auf administrativer Ebene? Klar ist dagegen, daß die Kommission unterzeichnet hat und daher gehalten ist, die Punkte innerhalb dieses UN-Abkommens einzuhalten.

Wenn überhaupt, sollte sich die EU erst in zehn Jahren, wie es auch von GERMANWATCH vertreten wird, oder später in verantwortlicher Weise aus diesen Verhandlungen zurückziehen. Ziel sollte es sein, eine eigenständige Fischerei in den westafrikanischen Ländern aufzubauen, ein wirklich funktionierendes, regionales Fischereiabkommen zu schaffen und ein Fischereimanagement zu entwickeln, das, wenn tatsächlich ein Überschuß vorhanden ist, diesen zu fairen Preisen verkaufen kann. Fischereiabkommen an sich bestehen in anderen Teilen der Erde auf einer relativ gut funktionierenden Basis, weil diese Staaten genauso stark sind wie die EU-Staaten.

Sich als EU aus der Verantwortung zu stellen und das Feld für die asiatischen Flotten, die vielleicht noch wesentlich brutaler vorgehen, oder für die Privatorganisationen zu räumen ist keine Alternative. Die begangenen Fehler müssen erkannt und die Fischereiabkommen auf eine positivere Bahn gelenkt werden. Dies ist sicherlich eine idealistische Vorstellung, aber auch die radikale Forderung, die Fischerei ganz einzustellen, hindert niemanden daran, den Raubbau fortzusetzen. Es bedarf einer vernünftigen Einigung. Die pazifischen Inselstaaten und die Vermarktung ihrer Thunfischbestände können hier als positives Beispiel für ein faires Fischereiabkommen dienen. Sowohl die Kompensationen als auch die strikte Kontrollen funktionieren. Lediglich der Schutz der Kleinfischer ist nach wie vor unzureichend.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit muß die Politik in den entsprechenden Ländern so gefördert werden, daß wertvolle Rohstoffe nicht aufgrund hoher Schulden oder auch aufgrund von persönlichen Interessen zu Dumping-Preisen abgegeben werden müssen. Bevor aber an einen Export gedacht werden kann, müssen zunächst die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung befriedigt werden. Dies ist auch ein Auftrag, der in der Rio-Konferenz benannt wurde und bei dem die deutsche Regierung ihrerseits unabhängig von der EU wertvolle Beiträge leisten kann.

Kommentare und Fragen

Rainer Engels:

Die Forderung von GERMANWATCH an die EU, sich innerhalb von zehn Jahren aus den Fischereiabkommen zurückzuziehen, beruht nicht darauf, daß bis dahin irgendwelche Nutzeffekte erreicht werden könnten, sondern dient dazu, den wirtschaftlichen Akteuren die Möglichkeit einzuräumen, sich während einer Übergangsfrist auf eine neue Situation einzustellen. Außerdem muß man durch Begleitmaßnahmen Schäden, die von dieser abrupten Veränderung verursacht werden, für den Senegal und andere Länder abwenden. Es besteht durchaus die Möglichkeit, Fischbestände sehr genau zu reglementieren, wie das Beispiel der Wale zeigt. Sicherlich macht es keinen Sinn den gesamten Fischfang einzustellen, aber bestimmte besonders bedrohte Arten könnte und sollte man dies durchsetzen.

Der zentrale Punkt ist: Wie kann man gewährleisten, daß die EU-Flotten nicht einfach durch andere, rücksichtslosere Länder, oder durch Privatunternehmen ersetzt werden? Es ist zweifelhaft, ob die Möglichkeiten des MSC ausreichend sind, um dieses Problem zu behandeln. Das Europäische Parlament diskutiert derzeit über Richtlinien für multinationale Unternehmen, die z.B. an die Überlegung geknüpft sind, Subventionen oder Hermesbürgschaften nur noch zu gewähren, wenn diese Richtlinien eingehalten werden. Auf dieser Grundlage kann die EU zumindest ihre eigenen Unternehmen in die Pflicht nehmen, damit sie nicht in Joint-Ventures die bisherige Rolle der EU übernehmen.

Aliou Sall:

Westafrika kämpft momentan mit den Folgen der Flottenverlagerung und der Subventionierung aus EU-Staaten, im Grunde haben aber beide das gleiche Problem der schrumpfenden Ressourcen. In den Abkommen einiger AKP-Länder mit der EU finden sich wichtige Artikel zur Überwachung. Es fehlt jedoch der politische Wille, sie anzuwenden. Die Verantwortung dafür sollte nicht der EU übertragen werden, sondern viel stärker von den AKP-Ländern wahrgenommen werden. Trotz der großen Summen, die für die Überwachung von der EU gezahlt werden, sind in manchen Ländern über 50% der Fänge illegal. Diese Zahl und die Herkunft des Geldes sprechen dafür, daß hier Fälle von Korruption vorliegen. Die Fischer müssen stärkeren Druck auf den Staat ausüben, damit die Überwachung effektiv durchgesetzt wird. Dies ist aber nur möglich, wenn die europäischen Staaten die Praxis aufgeben, ihrerseits Druck auf die Regierungen Afrikas auszuüben, um Entscheidungen, die den Interessen Europas entgegenstehen, zu verhindern. Wenn versucht wird, die Regierungen systematisch zu entmachten, die die Interessen ihrer Bevölkerung berücksichtigen und die die Ressourcen schonen wollen, kann kaum der Vorwurf aufrechterhalten werden, die afrikanischen Regierungen seien nicht fähig, eine konsequente Fischereipolitik durchzusetzen. Die Demokratie muß in allen Richtungen geschützt werden.

Beatrice Gorez:

Es ist realistisch, anzunehmen, daß ein Musterabkommen durchsetzbar ist. Ein solches Modell sollte unter Beteiligung aller Akteure erstellt werden. Mit den Fischern sollte überlegt werden, wie die Umsetzung des Abkommens in der Realität gewährleistet werden könnte. Das Quotenprinzip zur Regulierung der Fischerei hat in Südländern bislang nur zu dem Ergebnis geführt, daß die Anteile unter einigen wenigen aufgeteilt wurden und die kleinen Akteure ausgegrenzt wurden.

4. Fazit und Strategiediskussion

Moderation: Maike Rademaker

Fazit

von Maike Rademacher

1. Im Laufe des Symposium wurden die folgenden Problemfelder erkannt:

- sinkende Fischbestände;
- das Konkurrenzverhältnis zwischen den ausländischen Fischereiflotten und mit der einheimischen artisanalen Fischerei;
- die Gefahr, daß bei einem Rückzug der EU andere Flotten nachrücken;
- das Konkurrenzverhältnis in Afrika selbst zwischen der einheimischen Industrie und den einheimischen Konsumenten, die Fisch als Lebensmittel brauchen;
- mangelnde Transparenz in Bezug auf Statistiken, auf Forschungsarbeiten und auf Abkommen.
- Migration aus dem Inland an die Küste aus Armutgründen;
- Konkurrenzverhalten, das die Organisation lokaler Interessengruppen erschwert;
- die mangelnde Kontrolle über die Fischwirtschaft;
- Überkapazitäten bei der EU-Flotte (unterschiedlich bewertet: 40%-250%);
- der Tourismus in den Küstengebieten als Konkurrenz für die artisanale Fischerei;
- illegaler Fischfang;
- Verschuldung der Länder, die sie dazu zwingt, den Fisch zu verkaufen, statt ihn selbst im eigenen Land zu verwerten;
- Privatisierung der Abkommen, Transfer von EU-Kapazitäten in den privaten Sektor;
- Subventionen;
- Reimporte.

2. Als Lösungsansätze wurden vorgeschlagen:

- Herstellung von Kohärenz der EU-Politiken;
- Reduzierung der Flotten;
- die UN-Konvention und der Code of Conduct bei verbindlicher Anwendung;
- Vorschlag der afrikanischen Gäste: Entwicklung einer nachhaltigen Strategie auf einzelstaatlicher Ebene in der EU als Basis für die gemeinsame Politik;
- Verhandlungen mit der EU mit gemeinsamer Verhandlungsstrategie der afrikanischen Regierungen;
- Durchsetzung einer unabhängigen Kontrolle, die bei den AKP-Staaten liegt;
- Aquakultur zur Reduzierung des Drucks auf die natürlichen Ressourcen;
- integriertes Küstenmanagement und andere technische Methoden;
- Subventionierung umweltfreundlicher Methoden und Schiffe, Streichung schädlicher Subventionen;
- Entschuldung, damit die Kompensationszahlungen für den Aufbau einer nachhaltigen Fischereiwirtschaft verwendet werden;
- Aufbau eigener afrikanischer Flotten;
- Revision der Abkommen mit der EU, aber keine Abschaffung;
- Konzept des Marine Stewardship Council;
- Co-Management unter Beteiligung aller Akteure.

Strategiediskussion

Christian von Dorrien:

Das MSC-Siegel ist mit Sicherheit ein Instrument, daß den Verbraucher für eine nachhaltige Fischereipolitik mobilisiert. Es richtet sich direkt an den Verbraucher, der im Moment abgesehen von einem Boykott aufrufen absolut hilflos dasteht. Hier ist die Macht des Verbrauchers als Konsument und als Steuerzahler von einander zu trennen. Der Verbraucher soll auf das Problem aufmerksam gemacht werden und z.B. durch Labelings die Möglichkeit erhalten durch seine Kaufentscheidungen Einfluß zu nehmen, wie es bei Thunfisch bereits funktioniert hat. Das Schicksal der Delphine hat in den Vereinigten Staaten und in Europa einen solchen Aufschrei ausgelöst, daß sich fast alle Unternehmen diesem Druck gebeugt haben.

Für den Steuerzahler ist dagegen das Problem der Subventionen wichtiger, da diese das Gemeinwohl gefährden.

Béatrice Gorez:

Für die Strategieplanung muß ein Zeitplan erstellt werden, in dem kurzfristige und langfristige Ziele und Aktionen festgelegt werden sollten. Ein wichtiger Termin auf diesem Plan ist das Treffen des Ministerrats in Brüssel am 10. Juni 1999 unter deutschem Vorsitz. Hier wird über das IFOP abgestimmt und die bereits erwähnte Kosten-Nutzen-Analyse vorgelegt. Daher ist dieses Treffen der richtige Ansatzpunkt, um eine Reduzierung der Subventionen, ihre Umwidmung für die Förderung selektiver Fangmethoden, sowie die Anwendung eines von den NROs entwickelten „Musterabkommens“ zu fordern. Außerdem sollen die Kontrollmöglichkeiten der Beschlüsse erörtert werden. Es muß im Süden darauf geachtet werden, daß die Fördergelder zweckgebunden eingesetzt werden und nicht etwa in Joint-Venture-Abkommen fließen. Für diesen Punkt sollten die NROs eine klare Forderung vorlegen können. Weiter sollten die NROs darauf aufmerksam machen, daß die erstellte Kosten-Nutzen-Analyse keine ökologischen oder sozialen Kosten berücksichtigt. Die Bedeutung dieser Faktoren in Bezug auf die artisanale Fischerei muß hervorgehoben werden.

Brian O’Riordan:

Neben den erwähnten Fragen sollte generell auch über den Einsatz destruktiver Fangmethoden gesprochen werden. Diese kommen unter anderem auch zum Einsatz, weil die kleinen Fischer in den von der industriellen Fischerei leergefischten Gewässern weiter ihren Lebensunterhalt verdienen müssen.

Zum andern sollten vermehrt die Konsumenten in die Verantwortung genommen werden. Sie müssen sich Gedanken über den Weg des Fisches bis in den Supermarkt und die damit verbundenen Probleme machen. Die NROs sollten daher Kampagnen entwickeln, um das Bewußtsein zu schärfen.

Aliou Sall:

Es müssen realistische Ziele ausgewählt und die Aufgaben zwischen Nord- und Süd-NROs verteilt werden. Dabei sollte sich der Norden um die Subventionsreduzierung und die Festlegung verbindlicher Normen einsetzen und der Süden vermehrt auf die Einhaltung und Überwachung der Abkommen drängen.

Der Verbraucher und das Instrument des Marktes ist dagegen schwierig einzusetzen. Wenn es tatsächlich erreicht würde, einige Produkte vom europäischen Markt auszuschließen, würden sich in anderen Regionen zu veränderten Preisen auch für minderwertige Ware ohne Einhaltung der Standards Abnehmer finden. Auf dem Wege der Weiterverarbeitung kann dann auch die wahre Herkunft des Fisches verschleiert werden.

Rainer Engels:

Außer den Verbrauchern sind auch die Parlamente wichtige Akteure. Das Europäische Parlament hat Richtlinien für die Unternehmen gefordert und versucht dies jetzt umzusetzen. Ein Schwerpunkt der NRO-Arbeit sollte sicherlich bei der Reduzierung der Subventionen liegen. Weiter sollte ein Code of Conduct unterstützt werden, dessen Konsequenzen für die Praxis jedoch eher vorsichtig bewertet werden müssen. Es bleibt die Forderung bestehen, daß die EU-Flotte sich innerhalb von zehn Jahren aus den Gewässern zurückziehen sollen. Die damit verbundene Frage: „Wer kommt danach?“ sollte daher einer der Schwerpunkte gerade für die nächsten zwei Jahre sein. Obwohl es auch jetzt schon private Unternehmen sind, die die Fischerei betreiben, und die EU lediglich die Rahmenverhandlungen führt, wird sich einiges verändern, wenn sie selbst die Verhandlungen führen. Bis jetzt ist das Europäische Parlament hier ein wichtiger Ansprechpartner.

Die Fischerei-Frage ist kein nationales, sondern ein europäisches Problem. Daher müsste im Grunde eine - nicht existierende - europäische Öffentlichkeit mobilisiert werden. Das heißt, für die Kampagne ist die Zusammenarbeit von Organisationen aus mehreren europäischen Ländern erforderlich, die die Verbraucher in den verschiedenen Ländern gezielt ansprechen können.

Wichtig ist auch, welche Empfehlung ausgesprochen werden soll. Es gibt bislang keine Orientierungshilfe. Die Gefahr bei einer ungezielten Kampagne ist, daß als Aussage übrigbleibt, wenn die Alternativen nicht genannt werden: „Afrikanischer Fisch ist schlecht. Eßt keinen afrikanischen Fisch.“ Zunächst müssen genaue Kriterien herausgearbeitet werden. Im jetzigen Stadium kann nur die Lobbyarbeit gegenüber den Regierungen und der Presseöffentlichkeit im Zentrum stehen.

Uwe Lohmeyer:

Wenn man durch eine Kampagne an den Verbraucher herantritt, weil er durch seine Nachfrage den Druck auf die Ressourcen verstärkt, muß man ihm auch Alternativen anbieten. Er kann auf Huhn oder Schwein ausweichen, es könnte aber in der Nahrungsmittelindustrie auch vermehrt auf die Verwertung von Industriefisch zurückgegriffen werden. 30% der Fangfischerei entfallen auf Industriefisch. Diesen zu verarbeiten ist etwas teurer und wird deshalb von der Industrie vernachlässigt.

Außerdem sollte die Beifangquote für Industriefisch möglichst niedrig gehalten werden. Um den artisanalen Kleinfischern die Möglichkeit zu eröffnen, im offenen Meeresbereich zu fischen, muß die exklusive Zone für die artisanalen Fischer von zwölf Meilen auf mindestens 24 Meilen heraufgesetzt werden. So könnte für die lokale Bevölkerung ein zusätzliches Angebot an Fisch bereitgestellt werden. Eine solche Veränderung der Flottenstruktur setzt allerdings Modernisierungssubventionen voraus. Hier sind sie also angebracht.

Der Code of Conduct hat dann seine Funktion, wenn die EU Sanktionen gegen Unternehmen und Staaten verhängt, die permanent und penetrant gegen ihn verstoßen. Genauso sollten die Fischereiabkommen nicht völlig abgelehnt werden,

sondern als ein Medium betrachtet werden, um bestimmte Rahmenbedingungen in der Fischerei im Süden durchzusetzen.

Christian von Dorrien:

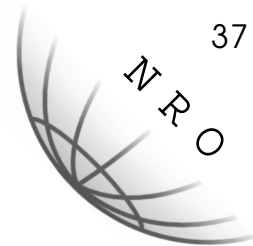
Im Zusammenhang mit den Fischereiabkommen sind zwei Schritte notwendig. Die bestehenden Abkommen müssen erfüllt werden, das heißt die hohe Quote der Schwarzanlandungen muß durch den Einsatz von Beobachtern vor Ort, durch die Bestimmung bestimmter Anlandungshäfen, wo der Fang kontrolliert wird, oder durch den Einsatz von Satellitenüberwachung, mit deren Hilfe man heute das Gewicht der Netze bestimmen kann, zurückgeführt werden. Erst im zweiten Schritt muß man über den Inhalt der Abkommen diskutieren.

Birgit Gerhardus:

Die NROs sollten sich dafür einsetzen das diese Punkte sowohl auf die EU-Tagesordnung als auch die der nationalen Regierungen kommen. Das entscheidende Forum für den Abbau der Subventionen und der Überkapazitäten ist jedoch die WTO. Ein Ansatzpunkt ist hier der „Analysis and Information Exchange Process“, wo Studien und Analysen eingebracht werden können.

Brian O’Riordan:

Die negativen Auswirkungen eines Rückzugs der EU könnten vielleicht durch eine besondere Art von Joint-Ventures verhindert werden. In einem Bericht zu Mauretanie für Greenpeace schlägt Dr. Shariv vor, in den Verträgen die Verarbeitung der Fänge in Westafrika zu vereinbaren und nur den Überschuß oder nur die in Europa ganz besonders gefragten Sorten zum Export freizugeben.



Anhang: Die auf dem Kongreß vertretenen Nichtregierungsorganisationen

CFFA

Coalition for Fair Fisheries Agreements

Der CFFA ist ein Zusammenschluß von Nichtregierungsorganisationen mit Sitz in Brüssel, die sich mit entwicklungspolitischen und Umweltaspekten in Bezug auf die Fischereiabkommen der EU mit den AKP (Afrika-Pazifik-Karibik)-Staaten sowie mit anderen Ländern des Südens beschäftigt. Der CFFA wurde 1992 nach der „Battle for Fish Conference“ gegründet. Sie versteht sich vor allem als Informationspool für Partnerorganisationen (Fischerverbände, NGOs) um Politik und Öffentlichkeit in Nord und Süd auf Probleme in der Fischerei aufmerksam zu machen. Der CFFA unterstützt Fischerverbände bei der Teilnahme zu Debatten der Fischereipolitik sowie den Dialog unterschiedlicher Akteure zur Entwicklung des handwerklichen Fischereisektors.

Der CFFA arbeitet auf einen grundlegenden Wandel in der Praxis und Politik der EU hinsichtlich der EU-AKP-Fischereiabkommen hin. Eines der wichtigsten Themen für den CFFA war in den vergangenen Jahren das Kohärenzproblem. Die Abkommen müssen nach Auffassung des CFFA so ausgerichtet sein, daß sie eine nachhaltige Bewirtschaftung und Entwicklung der Fischressourcen, vor allem zum Nutzen der Küstenbevölkerung, unterstützen. Sie sollen zum Lebensunterhalt und der Ernährungssicherheit der von der Fischerei abhängigen Bevölkerung beitragen sowie zur Erhaltung der globalen Fischbestände für kommende Generationen.

Der CFFA hat bisher in Namibia, dem Senegal und auf Madagaskar versucht, die Debatte für eine neue Form der Fischereiabkommen mit der EU voranzubringen. In der letzten Zeit war CFFA bemüht, für den „Verhaltenskodex für verantwortliche Fischereiabkommen“ Akzeptanz zu schaffen, der den Kern der Kohärenz-Kampagne von NGOs im Jahr 1997 darstellte. Außerdem engagiert sich der CFFA in der Post-Lomé-Debatte, die das wichtigste Forum für die Zukunft der EU-AKP-Fischereipolitik bildet.

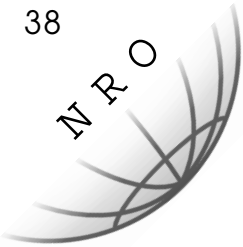
CFFA, Rue Grétry 65, B-1000 Bruxelles

CNPS

Collectif National des Pêcheurs Artisansaux du Sénégal

Die handwerklichen Fischer Westafrikas nehmen das Ressourcenmanagement sowie die Verantwortung für ihren Fischereiaufwand und die Infrastruktur immer stärker selbst in die Hand. Dafür müssen jedoch Anreize bestehen, ihre Interessen auch durchsetzen zu können, wie z.B. die Beteiligung an Verhandlungen zu internationalen Fischereiabkommen.

CNPS gilt als ein Pionier für die Interessenvertretung handwerklicher Fischer im Senegal und gehört heute zu den größten unabhängigen Organisationen im Land. Die Organisation wurde 1987 gegründet und besteht aus mehreren Lokalkomitees. Seitdem haben sich die Kleinfischer zu einer Protestgruppe und wichtigen Gegenbewegung entwickelt, die die Rechte der handwerklichen Fischer nicht nur gegen einheimische Staatsbehörden verteidigt. CNPS erhält materielle und technische Unterstützung von der senegalesischen Nichtregierungsorganisation **CREDETIP**. CNPS unterhält auch Kontakte zu anderen westafrikanischen Ländern. In den meisten



anderen AKP-Staaten besitzen die handwerklichen Fischer keine Lobby, um ihre Interessen durchsetzen zu können.

Die Organisation fordert unter anderem die Einbeziehung der Fischer in die Vereinigung industrieller Schiffseigentümer sowie in die Verhandlungen zu Fischereiabkommen. Sie setzt sich ein für die Ausweitung der Schutzzonen von sechs auf zwölf Seemeilen (im neuen Abkommen teilweise erfüllt), Kompensationen für die von Unfällen betroffenen Fischerfamilien und die Aufteilung der Kontrolle der Fischereizonen zwischen Fischereigemeinschaften und der nationalen Küstenwache. CNPS hat für seine heute 8.500 aktiven Mitglieder auf der Ebene der Lokalkomitees sogenannte Sparprogramme eingerichtet, um größere gemeinsame Aufgaben für Infrastrukturmaßnahmen finanzieren zu können. Im Jahr 1994 wurden handwerkliche Fischer aus dem Senegal zum ersten Mal in die Verhandlungen zu internationalen Fischereiabkommen (Senegal - EU) einbezogen. Obwohl es heißt, daß sie an verschiedenen Treffen teilnehmen konnten, kommen vonseiten der Verantwortlichen des CNPS zahlreiche Vorbehalte. CNPS durfte an der Paritätischen EU-AKP-Versammlung in Dakar teilnehmen und seine Interessen vertreten. Im September 1995 sprach sich dann auch das Europäische Parlament in einer Resolution für „faire Fischereiabkommen“ aus und forderte die Beteiligung der handwerklichen Fischer an den Verhandlungen. Auch wenn ein Schritt nach vorn getan ist, fordert der CNPS weiterhin eine stärkere Partizipation an den Verhandlungen und einen verbesserten Informationsaustausch.

B.P. 3211, Hann-Dakar, Sénégal

CREDETIP

Centre de Recherches et de Développement de Technologies
Intermédiaires de Pêche

Die regierungsunabhängige, senegalesische Organisation CREDETIP berät Kleinfischer in rechtlichen, sozialen und gesundheitlichen Fragen und übernimmt Anwaltsfunktion gegenüber staatlichen und internationalen Stellen. Die Organisation unterstützt auch Spargenossenschaften für Fischer, die keine Kredite bekommen und hilft örtlichen Fischerkomitees bei der Verwaltung. Sie ermutigt Kleinfischer sich zusammenzuschließen, damit sie ihre Ausrüstungen billiger einkaufen und ihren Fang zu besseren Preisen vermarkten können. Die Beratungseinrichtung arbeitet eng mit der senegalesischen Fischerorganisation **CNPS** zusammen.

CREDETIP, B.P. 3916, Dakar, Sénégal, Fax: 00221 /219463

GERMANWATCH

GERMANWATCH ist eine unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Sie setzen uns dafür ein, die bundesdeutsche Politik am Leitbild der Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten. Damit neue Chancen für eigenständige Entwicklungswege in Entwicklungsländern entstehen, fördert GERMANWATCH die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zu notwendigen Strukturveränderungen. Wohlstand und Reichtum der Welt kann der Norden nicht für sich allein beanspruchen. Im Gegenteil, eine ökonomische und ökologische Umorientierung im Norden ist die Voraussetzung, damit die Menschen im Süden unter menschenwürdigen Bedingungen leben können. Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen sind zentrale Elemente der Arbeitsweise von GERMANWATCH. Entwicklungspolitik, Klimaschutz, Ernährungssicherung sowie die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft sind die inhaltlichen Schwerpunkte.

GERMANWATCH, Budapester Straße 11, 53111 Bonn, Tel. 0228/60492-0, Fax - 19, www.germanwatch.org

GREENPEACE

Für Greenpeace ist der Bereich der Fischereipolitik ein wichtiges Aktionsfeld. Von den zahlreichen Initiativen sollen hier stellvertretend die Greenpeace-Prinzipien für eine ökologische Fischerei vorgestellt werden, mit denen die Umweltorganisation im vergangenen Jahr an die Öffentlichkeit ging. Greenpeace geht davon aus, daß die weltweite Fischereikrise bei Anwendung der Prinzipien wirkungsvoll eingedämmt werden kann. Sie sind über zwei Jahre hinweg mit Wissenschaftlern, Fischern und Politikern entwickelt worden und enthalten zentrale Elemente einer Fischereireform. Die Prinzipien basieren auf dem Vorsorgeansatz: es geht darum, Meeresbelastungen zu vermeiden und nicht nachträglich notdürftig Schäden „zu reparieren“, wenn die Meere auch in Zukunft als Nahrungsquelle für den Menschen dienen und als artenreicher Lebensraum fortbestehen sollen. Die Umsetzung der Greenpeace-Prinzipien soll zu einer Fischerei führen, die die natürlichen Abläufe im Meer nicht wesentlich verändert. Im Mittelpunkt steht das Vorsorgeprinzip: Das schließt z.B. ein, die Auswirkung von Fischerei auf das Ökosystem als Ganzes zu untersuchen, nicht nur in Bezug auf die Zielfischart. Bevor neue Fischereimethoden und Fanggeräte eingeführt werden, müssen sie auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden. Die Meeresnutzer müssen beweisen, daß die Nutzung das Meeresökosystem nicht schädigt. Fischerei-Management darf laut Greenpeace nicht mehr auf kurzfristige Profite zielen, sondern muß für die Zukunft vorsorgen. Greenpeace forderte die Regierungen, Industrie und Handel auf, die Prinzipien innerhalb von zehn Jahren umzusetzen.

Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg, Tel. 040/30618-0, Fax - 100, www.greenpeace.de

ICSF

International Collective in Support of Fishworkers

Die ICSF ist eine internationale NRO, die weltweit mit Fischern zusammenarbeitet. Sie bildet ein globales Netzwerk von WissenschaftlerInnen, TechnikerInnen und AusbilderInnen. Ihre Aktivitäten erstrecken sich auf Monitoring, Forschung, Fortbildungen, Kampagnenarbeit und Erfahrungsaustausch.

Die Organisation hat ihren Sitz in Genf und unterhält Büros in Madras und Brüssel, sie wird u.a. von Brot für die Welt finanziert.

CFFA, Rue Grétry 65, B-1000 Bruxelles

WWF

World Wide Fund for Nature

Der WWF ist die größte unabhängige private Naturschutzorganisation der Welt. Er wurde 1961 in der Schweiz gegründet (als World Wildlife Fund) und verfügt über ein globales Netzwerk von 27 nationalen und 5 assoziierten Organisationen sowie 21 Programmbüros. Weltweit unterstützen den WWF ca. 5 Millionen Förderer.

WWF-Deutschland, Rebstocker Straße 55, 60326 Frankfurt / M., Tel. 069/79144-0, Fax 069/617221, www.wwf.de

